



Parlament
Österreich

Bundesrat



Tätigkeitsbericht 2023/2024

Kärnten | Niederösterreich







Inhalt

Vorworte zum Tätigkeitsbericht des Bundesrates 2023/2024

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa	6
Bundesratspräsidentin Margit Göll	8
Die Fraktionsvorsitzenden im Bundesrat	10

Kärntner Präsidentschaft | 2. Halbjahr 2023

Kindern eine Perspektive geben	16
Antrittsrede Bundesratspräsidentin Claudia Arpa	18
Ansprache von Landeshauptmann Peter Kaiser	26
Konferenz der Parlamentspräsident:innen in Dublin	28
Enquete thematisiert Perspektiven für Kinder	30
Politische Unterstützung für Rettungs- und Sanitätsdienst	36
Parlamentarischer Gipfel der Krim-Plattform in Prag	38
Tag der offenen Tür am Nationalfeiertag	40
Tag des Bundesrates zum Thema Kinderrechte	42
Austausch mit Vertreterinnen der Frauenhäuser	46
Bekenntnis zur Chancengleichheit: Purple Light Up	48
Tag der Volksgruppen mit vielfältigem Kulturprogramm	50
Regional und international: Der vernetzte Bundesrat	54
Besuch bei Amtskollegen in Slowenien	56
Delegation des Bundesrates zu Besuch in Georgien	58
Abschiedsrede: Bildung muss Priorität haben	60

Niederösterreichische Präsidentschaft | 1. Halbjahr 2024

Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet	64
Antrittsrede Bundesratspräsidentin Margit Göll	66
Rede von Landeshauptfrau Mikl-Leitner	72
Internationaler Frauentag im Parlament	74
Gedenkveranstaltung im Parlament	78
Ausstellung „Bilder des Waldviertels“	82
Demokratiebildung von Kindesbeinen an	84
Bundesratskonferenz „Jugend ohne Grenzen“	86
Ansprache im Tiroler Landtag	90
Konferenz zur EU-Strategie für den Donauraum	96
Parlamentspräsident:innen auf Mallorca	99
Regional und international: Der vernetzte Bundesrat	100
Länderkammer zu Gast in Niederösterreich	104
Delegation des Bundesrates zu Besuch in Tschechien	106
Abschiedsrede: Grenzregionen können Brücken bauen	108
Zahlen und Fakten 2. Halbjahr 2023	110
Zahlen und Fakten 1. Halbjahr 2024	113
Bildnachweis	116

Claudia Arpa

Präsidentin des Bundesrates

Kärnten | 2. Halbjahr 2023



Die Präsidentschaft des Bundesrates stand im Halbjahr 2023 im Zeichen der jungen Generation. Mit dem Themen-schwerpunkt „Kindern Perspektiven geben“ wurde der Fokus auf die verschie-denen Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen gelegt. Angesichts der Folgen von Covid-19-Pandemie, Infla-tion sowie den Kriegen seit dem Terror-anschlag der Hamas auf Israel und der Invasion Russlands in die Ukraine ist es unsere wichtigste Aufgabe, sich beson-ders Kindern und Jugendlichen zuzu-wenden.

In einer zum Themenschwerpunkt ab-gehaltenen Enquete diskutierten Ex-pert:innen aus den Bereichen Politik, Wissenschaft sowie der Zivilgesellschaft über Bildung als Basis für ein gutes Le-ben und die Bedeutung eines wirtschaft-lich stabilen Umfelds für Kinder sowie deren Mitsprache im gesellschaftlichen Entscheidungsprozess. Bildung ent-

scheidet maßgeblich über das berufliche und wirtschaftliche Fortkommen junger Menschen und wirkt weit über künftige Lebensbereiche junger Erwachsener hin-aus. Es gilt daher, die Grundlagen für jun-ge Menschen zu garantieren und ihnen Teilhabe am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Geschehen zu sichern.

Das Bundesland Kärnten hat mit einer umfassenden Reform im Bereich der Elementarpädagogik, die u. a. den Zugang zu Kindertagesstätten und Kindergärten kostenfrei ermöglicht, einen wesentlichen Beitrag für eine zeitgemäße Familien-politik gesetzt. Dieses Modell ist jungen Familien eine Hilfestellung und sichert die Grundlagen der Lebens- und Wirtschafts-standorte in den Regionen.

Das positive Zusammenwirken der Kin-derfreundlichkeit unserer Region mit dem Standort für Technologie, Wirtschaft und Forschung wurde angesichts des Besu-

ches einer Delegation des Bundesrates im Bundesland Kärnten anschaulich.

Im Zuge der Jubiläumsfeiern rund um 75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen stand auch der Tag des Bunderates im Zeichen der Kinder- und Menschenrechte. Obwohl Kinderrechte seit 30 Jahren in der UN-Kinderrechtskonvention verankert sind und sie vor zehn Jahren teilweise in ein eigenes Bundesverfassungsgesetz aufgenommen wurden, ist die Umsetzung nach wie vor mit Herausforderungen verbunden.

Bei zahlreichen Empfängen und Besuchen von Vertreterinnen und Vertretern der internationalen Politik war es mir eine große Ehre, die Republik im In- und Ausland vertreten zu dürfen. Besonders hervorheben möchte ich den Besuch der Delegation des Bundesrates in Georgien, einem Land, das historisch eng mit Europa verbunden ist und dem von der Europäischen Union der Status des Beitreitskandidaten verliehen wurde. Der Bundesrat als Europa- und Länderkammer hat hiermit einen wichtigen Beitrag geleistet, um die Verbindung unserer beiden Länder zu stärken und ein Zeichen für ein geeintes Europa der Zukunft zu setzen.

Unter dem Kärntner Vorsitz war es mir eine besondere Freude, dass das Parlament Gastgeber für den Tag der Volksgruppen war und das 30-jährige Jubiläum der Anerkennung der Roma und Sinti als Volksgruppe mit einer Ausstellung gewürdigt hat.

Besonders an dieser Präsidentschaft hervorzuheben ist die erstmalige Besetzung des Präsidiums mit drei Frauen. Dieser historische Moment gibt Mut und Hoffnung, dass sich künftig mehr Frauen für politische Funktionen engagieren und zu einem ausgewogenen Verhältnis von Frauen und Männern in politischen Gremien beitragen werden.

Schließlich möchte ich allen Dank sagen, die zu der erfolgreichen Präsidentschaft im Halbjahr 2023 beigetragen haben. Die Arbeit des Bundesrates verhilft dem föderalistischen Prinzip zu seiner Verwirklichung und verleiht dem bundesstaatlichen Grundsatz jene Vielfalt, die Österreichs Regionen ausmacht. Persönlich war es mir eine große Freude und Auszeichnung, für mein Bundesland Kärnten als Präsidentin des Bundesrates gewirkt zu haben.

Claudia Arpa

Ihre Bundesratspräsidentin

Claudia Arpa

Margit Göll

Präsidentin des Bundesrates

Niederösterreich |

1. Halbjahr 2024



Das erste Halbjahr 2024 war geprägt von zahlreichen Ereignissen und Initiativen, die den Bundesrat als Institution für die Vertretung der Interessen der Bundesländer in Europa weiter gestärkt haben. In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere das Motto für den Vorsitz Niederösterreichs im Bundesrat, „Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet“, hervorheben.

Es stand für mein zentrales Anliegen, den Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere unserer Jugend, in den europäischen Grenzregionen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Als Bundesratspräsidentin habe ich mich dafür eingesetzt, den Austausch und die Kooperation zwischen den Grenzregionen zu fördern, um den ländlichen Gebieten Chancen aufzuzeigen, die es zu nützen gilt.

Ein herausragendes Ereignis war die Bundesratskonferenz „Jugend ohne Grenzen“, bei der wir Jugendliche aus Österreich,

der Slowakei und Tschechien ins Parlament eingeladen haben. Diese jungen Menschen hatten die Gelegenheit, über ihre Zukunft in einem Europa ohne Grenzen zu diskutieren und ihre Visionen für ein vereintes Europa zu teilen. Es war inspirierend zu sehen, wie engagiert und ideenreich unsere Jugend an die Herausforderungen und Chancen der europäischen Integration herangeht.

Besonders erfreulich war auch die Reise der Präsidiale des Bundesrates nach Tschechien. In Prag führten wir konstruktive Gespräche mit dem tschechischen Senatsvorsitzenden, der Präsidentin der Abgeordnetenkammer und mehreren Ministern. Diese Treffen boten eine wertvolle Gelegenheit, die Perspektiven der Menschen in den Grenzregionen Europas zu erörtern und gemeinsam Wege zu finden, um die Lebensqualität in diesen Regionen zu verbessern und den Zusammenhalt zu stärken.

Die guten Erfahrungen, die mein Heimatbundesland Niederösterreich in den Jahrzehnten seit der Öffnung der Grenzen mit unseren Nachbarstaaten gemacht hat und die vielen Projekte, die gemeinsam mit diesen Staaten im Bereich des Gesundheitswesens oder der grenzübergreifenden Einsätze von Feuerwehren, Rettungsorganisationen oder der Polizei gemacht worden sind, waren Anlass genug, die Kooperation der europäischen Grenzregionen weiter zu forcieren.

Mein besonderes Anliegen war es, den Bundesrat als starken Vertreter der Bundesländer in Europa zu positionieren. Der Bundesrat ist seiner Funktion als Scharnier der Bundesländer zu Europa verpflichtet. Er muss eine proaktive Rolle in den europäischen Diskussionen einnehmen, um die Interessen unseres Landes zu wahren und an der Gestaltung einer starken und einigen Europäischen Union teilzunehmen.

Ein gutes Gesprächsklima unter Politikern und in der Bevölkerung ist dabei von zentraler Bedeutung. Nur durch offenen Dialog und konstruktive Zusammenarbeit können wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern und die Zukunft Europas positiv gestalten.

In meinen Gesprächen mit Minister:innen, Staatssekretär:innen, dem Bundeskanzler, mit vielen Botschaftern und Parlamentspräsidenten habe ich immer wieder betont: Der respektvolle und offene Austausch nicht nur unter den Vertretern verschiedener Staaten, sondern insbesondere unter den Politikern unseres Landes ist Voraussetzung dafür, das Gemeinwohl in den Mittelpunkt zu stellen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger über parteipolitische Grenzen hinweg zu vertreten.

Es war mir eine große Ehre und Freude, den Vorsitz in der Länderkammer geführt zu haben. Ich danke allen, die diese Präsidentschaft mit Interesse begleitet und mich dabei unterstützt haben, insbesondere den Mitarbeiter:innen der Parlamentsdirektion.



Ihre Bundesratspräsidentin
Margit Göll

Andrea Eder-Gitschthaler

ÖVP



Die vergangenen Halbjahre 2023 und 2024 waren sowohl für die Menschen in unserem Land als auch für die Politik eine sehr herausfordernde Zeit. Der Krieg in der Ukraine und nun auch im Nahen Osten und die damit verbundenen Auswirkungen stehen nach wie vor im Zentrum unserer politischen Arbeit.

Erfreulich ist, dass sich die Energie- und Versorgungsproblematik etwas entspannt hat. Trotzdem sind wir gefordert, weiterhin alles für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zu tun.

Unser Fokus liegt daher weiterhin auf der Unterstützung der Bevölkerung und der Wirtschaft. Davon zeugen die vielen Maßnahmen gegen die Inflation und Teuerung. Auch in anderen Bereichen wurden wichtige Vorhaben beschlossen. Vor allem die Pflegereform, der Ausbau der Kinderbetreuung und die Valorisierung der Sozialleistungen sind strukturelle Weichenstellungen für die kommenden Jahre.

Die Länderkammer war wie bereits in den letzten Jahren gefordert, die Gesetzesinitiativen der Regierung in einem möglichst straffen Zeitrahmen zu prüfen und zu beschließen, um rasch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die weitere Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in unserem Land zu ermöglichen.

Wie in den sozialen Medien hat sich auch der Ton innerhalb der Länderkammer verschärft. Herabwürdigungen, Beleidigungen und die persönliche Profilierung stehen oftmals einer sachlichen Auseinandersetzung im Weg. Es ist Aufgabe der Politik, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen und für unser Land zu arbeiten.

Im Interesse des Bundesrates und der Menschen müssen wir in der Länderkammer mit gutem Beispiel vorangehen. Ich bin überzeugt, dass im gemeinsamen politischen Dialog die besten Lösungen gefunden werden und so das Vertrauen in die Politik und die Demokratie gestärkt wird.

Korinna Schumann

SPÖ



Die SPÖ arbeitet mit Herz und Hirn daran, das Leben der Menschen in Österreich besser zu machen – so auch im Bundesrat. In drei Dringliche Anfragen zu den Themen leistbares Wohnen, Bekämpfung der Schlepperkriminalität und Sicherung der Pensionen forderten wir Antworten der Bundesregierung, die sie bislang schuldig geblieben ist.

Der völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine, die Klima- und die Inflationskrise belasten die Menschen enorm. Gerade die jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft sind davon betroffen. Claudia Arpa setzte während ihrer Bundesratspräsidentschaft einen starken Akzent für das umfassende Wohl von Kindern und Jugendlichen.

Die Bundesregierung hat Teuerung und Inflation durch ihre Untätigkeit verschlimmert, trotz zahlreicher SPÖ-Vorschläge, wie wirksam geholfen werden kann. Ein Beispiel: Die Mietpreisbremse. Sie greift

nicht, weil sie zu spät eingeführt wurde, erst ab einer Inflation von 5 Prozent wirkt und bis heute keinen einzigen Preis senkt. Der Effekt: Die Mieten sind in den letzten zwei Jahren um fast ein Viertel gestiegen! Ohne die Sozialdemokratie bleiben die Bedürfnisse zahlreicher Menschen auf der Strecke – nicht nur in Bezug auf die Teuerung. So haben die Regierungsfraktionen erst durch einen SPÖ-Antrag festgestellt, dass Handwerkerbonus und Bundesschatz auch für Personen ohne ID Austria, Smartphone oder Internetzugang nutzbar sein müssen. Nach der Ablehnung des SPÖ-Antrages forderten ÖVP und Grüne ihre eigene Bundesregierung auf, ihr Vorhaben dahin gehend zu prüfen. Lösung gibt es bis jetzt aufgrund der Blockade der Regierungsfraktionen keine. Das zeigt vor allem eines: Es braucht eine starke SPÖ in Regierungsverantwortung. Nur die Sozialdemokratie kämpft mit Herz und Hirn dafür, dass das Leben aller Menschen in Österreich besser wird.

Christoph Steiner

FPÖ



Angelehnt an den berühmten Spruch, dass sich alles ändern müsse, damit alles gleich bleibe, könnte man sagen, dass sich bei uns im Bundesrat halbjährlich zwar das Motto der Präsidentschaft ändert, aber dann doch alles so bleibt wie zuvor.

Das betrifft vor allem Abmachungen oder angesprochene Problemfelder, die in der Präsidiale offenbar eine ärgerlich kurze Halbwertszeit besitzen (Stichwort: ORF).

Das Motto änderte sich im letzten Jahr also von Jugendperspektiven zu Europa. Beiden Themen ist gemeinsam, dass sie die Regierungsparteien nervös zu machen scheinen: hier die dramatischen Zahlen zur psychosozialen Lage unserer Jugendlichen, da die Europawahl, die für einige zum Desaster wurde. Es sind die Geister, die sie riefen.

Und so erklärt sich vielleicht, weshalb bei Plenarsitzungen neuerdings der Fokus immer wieder auf einzelne Begriffe gelegt

wird. Es scheint leichter, sich über einzelne Wörter (Volkskanzler, Remigration etc.) moralisch zu entrüsten, als tatsächlich Inhalte zu debattieren, von hier nicht zu wiederholenden historischen Vergleichen ganz zu schweigen.

Das mag parlamentarische Debattenkultur in hochnervösen Zeiten sein, beim Ausbruch von Zwischenrufduellen, die den Stenografen Sorgenfalten ins Gesicht treiben, muss die Vorsitzföhrung die Geschäftsordnung souverän zu handhaben wissen. Dass dies nicht immer der Fall war, führte immerhin zu interessanten Abwechslungen in Form von Premieren: So war es schon lange nicht mehr der Fall, dass das Wort entzogen wurde, aber vermutlich unikal, dass danach das Mikrofon des Redners eingeschaltet blieb. Bemühen wir uns vielleicht (nein, ich klammere mich nicht aus) um Besonnenheit – um unserer Wähler und unserer Länder willen!

Marco Schreuder

Grüne



Das Wort „Parlament“ bedeutet übersetzt ins Deutsche „Aussprache“. Die Rede, der Austausch von Ideen, Meinungen und Haltungen sind daher grundlegende Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. Auf dieser Basis trifft das Parlament Entscheidungen – nicht im Interesse einer einzelnen Partei, sondern zum Wohl der Bevölkerung. So lässt sich die Grundintention des Parlamentarismus und der Demokratie zusammenfassen.

Für einen konstruktiven Diskurs – der oft hart in der Sache, aber sachlich und argumentativ geführt werden sollte – sind Bereitschaft zum Konsens, Teilhabe, Verständnis, Sachlichkeit und Argumentation unerlässlich.

Leider hat sich global, und besonders stark in Österreich, eine Tendenz zur Diskursverweigerung und -zerstörung entwickelt. In einem Werbefilm der rechts-extremen „Identitären Bewegung“ heißtt

es wortwörtlich: „Unser Ziel ist keine Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform. Wir wollen nicht mitreden, sondern eine andere Sprache sprechen.“

Dieser gefährliche, antidemokratische Zugang hat auch die Parlamente erreicht. Statt Meinungsaustausch und Diskurs erleben wir vermehrt persönliche Angriffe und eine Abkehr vom Konsens. Manche Debattenbeiträge dienen der Zerstörung des Diskurses, statt ihn zu bereichern.

Als Parlamentarier:innen sind wir daher mehr denn je gefordert, die Werte, die der Parlamentarismus bereits in seinem Namen trägt, hochzuhalten und zu verteidigen. Trotz unterschiedlicher Meinungen und kontroverser Debatten sollten Konsensbereitschaft, offener Austausch und die Suche nach den besten Lösungen für unser Land und für Europa Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Demokratie sein.



Kärntner Präsidentschaft

2. Halbjahr 2023



Kindern eine Perspektive geben

Am 1. Juli 2023 übernahm die Kärntnerin Claudia Arpa für ein halbes Jahr den Vorsitz des Bundesrates. In ihrer Antrittsrede machte sich Arpa für bessere Perspektiven und mehr Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche stark.

Arpa strich in ihrer Antrittsrede hervor, dass der Bundesrat im 2. Halbjahr 2023 erstmals in seinem Bestehen von drei Frauen geführt werde. Das Präsidium bestand neben Arpa aus den beiden Vizepräsidentinnen Margit Göll und Doris Hahn. Die Bundesratspräsidentin hob dies als wichtiges Zeichen für Gleichberechtigung hervor. Dass das Präsidium erstmals rein weiblich besetzt sei, könne Mädchen dazu motivieren, sich politisch zu engagieren, zeige aber auch, dass die Gleichstellung von Frauen noch immer nicht selbstverständlich ist.

Kinder und Jugendliche im Fokus der Präsidentschaft

Claudia Arpa stellte ihre Präsidentschaft unter das Motto „Kindern Perspektiven geben“. Es sei noch immer Fakt, dass manche junge Menschen hoffnungsvoller

in die Zukunft blicken können als andere, erklärte sie. Ihr sei es wichtig, junge Menschen wieder mitzunehmen und mit ihnen und für sie das Land chancenreicher und lebenswerter zu machen. Als wichtigen Hebel dafür nannte Arpa den freien Zugang zu Bildung. Auch für sie selbst sei dadurch der Grundstein dafür gelegt worden, dass sie heute Bundesratspräsidentin sei. Der Weg zu einem Zugang zu Bildung und Universitäten unabhängig von der Herkunft und Bildung der Eltern sei noch nicht zu Ende. In den vergangenen Jahrzehnten sei man gar das eine oder andere Mal falsch abgebogen oder ein Stück zurückgegangen, kritisierte die Vorsitzende der Länderkammer.

In Zeiten vielfältiger Krisen müssten nun Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Beschäftigte in schlecht bezahlten Berufen wieder bei der Bildung und der



Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sparen, gab Arpa zu bedenken. Die Erfahrung von Armut und die dadurch erlebten Ungleichheiten würden Kinder ihr ganzes Leben lang prägen und sich in der Bildung, im Gesundheitswesen und in der Arbeitswelt fortsetzen. Jede Investition in die Jugend mache sich später um ein Vielfaches bezahlt, zeigte sie sich überzeugt.

Gemeinsam an Chancengleichheit arbeiten

Die Bundesratspräsidentin plädierte deshalb dafür, gemeinsam dafür zu sorgen, das Leben der Familien in Österreich so zu gestalten, dass alle Kinder und Jugendlichen mit den gleichen Chancen aufwachsen können. Armutserlebnisse würden nämlich auch zu mangelndem Vertrauen in Gesellschaft und Demo-

kratie führen. Benachteiligung und Ausgrenzung würden weniger Teilnahme an den demokratischen Prozessen bedeuten, so Arpa. „Wir dürfen unsere jungen Menschen in Österreich nicht an die Armut verlieren, sondern wir müssen sie für die Demokratie begeistern“, sagte sie.

Mit Verweis auf den Slogan „Unsere Kinder sind unsere Zukunft“ strich Arpa auch die Rolle des Bundesrates als „Zukunfts- kammer“ hervor. Für sie sei der Bundesrat als zweite Kammer unerlässlich. Dass die Bevölkerung das auch so wahrnehme, liege entscheidend an den Mitgliedern selbst. Arpa rief daher zu einem respektvollen Umgang miteinander auf. Sie wolle gemeinsam daran arbeiten, dass die Kinder eine positive Zukunft haben, betonte sie abschließend.

(v.li.) Bundesrätin Sandra Lassnig, Bundesratspräsidentin Claudia Arpa, Landeshauptmann von Kärnten Peter Kaiser, Bundesrätin Isabella Theuermann, Bundesrat Manfred Mertel

Antrittsrede

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa

Hohes Haus! Geschätzte Kolleg:innen aus dem Bundesrat! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Voller Freude und Respekt stehe ich heute vor Ihnen, um als Vertreterin Kärntens im österreichischen Parlament, dem Herzstück unserer Demokratie und einem Ort der Begegnungen, als Präsidentin des österreichischen Bundesrates hier die Verantwortung zu übernehmen.

Ich bedanke mich sehr bei Landeshauptmann Peter Kaiser und dem Kärntner Landtag für das in mich und meine Kärntner Kolleginnen und Kollegen gesetzte Vertrauen – vielen Dank dafür.

Ich danke auch dem vorigen Präsidenten aus dem Burgenland, Günter Kovacs, für seine wertschätzende Präsidentschaft. Ein besonderer Dank – und das gestatten Sie mir heute – gilt auch meiner Familie, die mich nämlich immer gut unterstützt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bundesrat wird erstmals in seinem Bestehen von drei Frauen geführt. Es ist mir gemeinsam mit meinen beiden Vize-

präsidentinnen Margit Göll und Doris Hahn wichtig, dieses Zeichen in Richtung Gleichberechtigung zu setzen, und wir freuen uns sehr darüber. Mit diesem Präsidium wollen wir Vorbild sein. Wir wollen Mut machen, damit viele Mädchen den Wunsch haben, sich politisch zu engagieren.



Gestatten Sie mir einen Blick in die Geschichte: Bereits 1927, also vor 96 Jahren, stand mit Olga Rudel-Zeynek erstmals eine Frau an der Spitze dieses Bundesrates, und sie war überhaupt die erste Parlamentspräsidentin weltweit. Dass wir uns über so ein erstmals vollständig mit Frauen besetztes Präsidium freuen, zeigt uns aber auch, dass die Gleichstellung von Frauen noch immer nicht selbstverständlich ist und es noch viel zu tun gibt.

Nicht nur als neue Präsidentin des österreichischen Bundesrates, sondern auch als Mutter von drei Töchtern wünsche ich mir, dass Mädchen und junge Frauen in einem Umfeld aufwachsen können, in dem es eine Selbstverständlichkeit ist, dass sie ihre Talente leben und jenen Weg gehen können, der für sie der richtige ist.

Geschätzte Damen und Herren! Es ist ja erfreulich, dass heute junge Menschen in Österreich aus allen sozialen Schichten



Chancen, Möglichkeiten und Perspektiven für ihre Zukunft finden, aber es ist auch Fakt, dass einige mehr profitieren als andere und manche junge Menschen hoffnungsvoller in die Zukunft blicken können. Das führt uns vor Augen, dass Chancengleichheit noch lange nicht erreicht ist.

Ich möchte dazu meine eigene Geschichte erzählen, denn nur durch diesen freien Zugang zu Bildung wurde der Startschuss dafür gelegt, dass ich heute als Bundesratspräsidentin vor Ihnen stehe. Ich selbst komme aus einer kleinen Landgemeinde und erinnere mich daran, dass eine höhere Schulbildung die Ausnahme war und ein ausgefallener Berufswunsch für viele von uns etwas Unerreichbares darstellte.

Dass bessere und vielfältigere Schulbildung möglich wurde, verdanken wir all jenen Politikerinnen und Politikern, die in den 1970er-Jahren mit Weitblick gehandelt haben. Sie waren es, die den Zugang zu Bildung und zur Universität ermöglichten und so auch mir, unabhängig von der Herkunft und von der Bildung meiner Eltern, neue Perspektiven gaben. Sie stellten sich den großen Herausforderungen ihrer Zeit und begannen so, unser Land zu einem gerechteren Ort für zukünftige Generationen zu machen – ein Weg, der noch nicht zu Ende ist, ein Weg,

auf dem wir in den letzten Jahrzehnten vielleicht auch das eine oder andere Mal falsch abgebogen oder teilweise auch ein Stück zurückgegangen sind.

Klimawandel, hohe Inflation, Energiekrise: Mit diesen Themen ist unsere Gesellschaft aktuell konfrontiert, und das sind auch die Themen, mit denen wir Politikerinnen und Politiker uns auseinandersetzen müssen. Wir tragen die Verantwortung, uns diesen Herausforderungen zu stellen. Es ist unbestritten, dass Krisen eine erhebliche Belastung für unsere Gemeinschaft darstellen. Sie bedrohen die Stabilität, die Sicherheit und das Wohlergehen der Menschen. In solchen Zeiten ist es daher von entscheidender Bedeutung, effektive Lösungen zu entwickeln, damit die Auswirkungen für die Menschen minimiert werden, denn wir wissen: Am schwersten treffen diese Verwerfungen durch äußere Umstände Familien mit Kindern, Alleinerziehende – oftmals Frauen –, Pensionistinnen und Pensionisten sowie Beschäftigte in schlecht bezahlten Berufen. Ihnen fehlen die Mittel und Möglichkeiten, sich aus diesem Negativkreislauf, der durch die Teuerung in Gang gesetzt worden ist, zu befreien. Sie sind es, die nun wieder bei der Bildung und bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sparen müssen und

deren Perspektiven und Möglichkeiten damit weniger und auch kleiner werden.

Die Erfahrung von Armut prägt Kinder ihr ganzes Leben lang. Arm zu sein bedeutet, gerade noch die wichtigsten Grundbedürfnisse ausreichend zu decken, was aber nicht mehr möglich ist, ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eltern können so ihren Kindern keine Ferienbetreuung oder einen schönen Sommer ermöglichen. Sie würden ihren Kindern oft gerne gesündere Lebensmittel kaufen, aber diese sind oft zu teuer, und Nachhilfe, wenn es in der Schule gerade nicht so gut läuft, wird unleistbar und die Bildungskarriere dadurch wesentlich schwieriger. Der Besuch im Freibad, das Anschauen eines Films im Kino oder das Taschengeld, um am Wochenende mit Freund:innen auszugehen, fehlen.

Armut versteckt sich in den eigenen vier Wänden. Kinder, die kostenpflichtige Schulveranstaltungen besuchen sollen und deren Eltern sich das nicht leisten können, werden oft krankgemeldet. Wir kennen die Zahlen: In Österreich waren im Jahr 2022 353.000 Kinder armuts- und ausgrenzungsgefährdet.

Die so erlebten Ungleichheiten prägen unsere Kinder. Sie setzen sich in der



Bildung und im Gesundheitswesen sowie später vielfach auch in der Arbeitswelt fort. Armut wird in Österreich vererbt und das dürfen wir nicht zulassen – im Sinne all jener Kinder, für die und mit denen wir das Heute und das Morgen gestalten.

Geschätzte Damen und Herren, nur gemeinsam und im Konsens können wir den Krisen und Herausforderungen unserer Zeit entgegentreten. Für meine Präsidentschaft habe ich deshalb das Thema „Kindern Perspektiven geben“ gewählt,

denn mir ist es wichtig, dass wir auch heute wieder junge Menschen mitnehmen und mit ihnen und für sie unser Land gemeinsam noch chancenreicher und lebenswerter machen.

Gerade Kärnten zeigt vor, wie es geht, für Familien ein attraktives Bundesland zu sein und die Familien zu entlasten. Mit dem von Landeshauptmann Peter Kaiser initiierten neuen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, mit dem unter anderem der Zugang zu Kindertagesstätten und Kindergärten gratis wird, wurde nicht nur die größte Reform im Bereich der Elementarpädagogik seit 1945 eingeleitet, sondern ein vorzeigbares Modell entwickelt, das jungen Familien eine Hilfestellung ist und mit dem sich das Bundesland als kinder- und familienfreundliches Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsland positioniert.

Der Gratiszugang zu Kindertagesstätten und Kindergärten ist ein wichtiger Meilenstein für die Bildung von Kindern, und

zwar in der Stadt und am Land. Dieses Beispiel möchte ich auch über die Kärntner Grenzen hinaustragen und gleichzeitig Impulse und Anregungen aus anderen österreichischen und europäischen Regionen einfließen lassen. Wir möchten so gesehen

für die Zukunftsperspektiven unserer Jugend Vorbild, Botschafter und Wegbereiter sein.

„Sorgen wir gemeinsam dafür, dass das Leben der Familien in Österreich so gestaltet wird, dass alle Kinder und Jugendlichen ohne Sorgen und mit den gleichen Chancen aufwachsen können!“

Bundesratspräsidentin
Claudia Arpa

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass das Leben der Familien in Österreich so gestaltet wird, dass alle Kinder und Jugendlichen ohne

Sorgen und mit den gleichen Chancen aufwachsen können! Jede Zuwendung, die wir in unsere Jugend investieren, macht sich später um ein Vielfaches bezahlt. Es ist belegt, dass jeder Euro, der in die frühe Bildung investiert wird, achtfach wieder in der Wirtschaft ankommt. Oder wie es John F. Kennedy gesagt hat: Es gibt nur eins, was auf lange Sicht teurer ist als die Investition in Bildung und Kinder, nämlich keine Investition in Bildung.

Armutserlebnisse in der Kindheit führen auch zu mangelndem Vertrauen in unsere



Gesellschaft und in unsere Demokratie. Benachteiligung und Ausgrenzung bedeuten ja auch weniger Teilnahme an demokratischen Prozessen in unserem Land. Es bedeutet, nicht teilzunehmen, nicht mitzureden und auch nicht zu entscheiden, obwohl man von den Entscheidungen aus demokratischen Prozessen betroffen ist. Das führt in letzter Konsequenz zu Perspektivlosigkeit und einem Gefühl der Machtlosigkeit. Wir dürfen unsere jungen Menschen in Österreich nicht an die Armut verlieren, sondern wir müssen sie für die Demokratie begeistern.

Aus gutem Grund wurde das Wahlrecht in Österreich auf 16 Jahre gesenkt, denn die Teilhabe junger Menschen an demokratischen Prozessen ist sehr wichtig. Es ist unsere Aufgabe, den Wert dieses Wahlrechtes zu vermitteln, damit auch die nächste Generation in Meinungsfreiheit und -vielfalt friedlich zusammenleben kann – trotz der Unterschiede, die es in der Gesellschaft gibt.

Maßnahmen für die Bildung und die Betreuung von Kindern und Jugendlichen bringen gut ausgebildete Menschen her-

vor, die sich engagieren und auch in unsere Gesellschaft einbringen. Unsere Demokratie braucht selbstbewusste Menschen, die Verantwortung übernehmen und sich für ein gutes Miteinander einsetzen.

Auch wir Politikerinnen und Politiker müssen unsere Demokratie immer wieder mit neuem Leben erfüllen. Der Bundesrat – da, wo wir uns jetzt gerade befinden – fungiert ja nicht nur als Europakammer, sondern insbesondere auch als Zukunftskammer. Das zeigen wir mit unserem Kinderrechteausschuss, denn unsere Kinder sind ja unsere Zukunft. Lassen wir diesen oft gebrauchten Slogan nicht zu einer Floskel werden, erweitern wir ihn auch gleich: Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, nein, Kinder sind auch unsere Gegenwart!

Nehmen wir das als Ansporn, uns zu fragen, was wir für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder tun können, welche Perspektiven wir unseren Kindern geben können!

Meine Damen und Herren, jede Zeit hat ihre Herausforderungen, und diese werden in unserem Bundesrat manchmal kontrovers diskutiert. Dabei ist mir als Präsidentin aber gerade hier in der Länder-, Europa- und Zukunftskammer

wichtig, zu sagen: Führen wir die Kontroversen hart, aber getragen von gegenseitigem Respekt, im Sinne der Menschen, des Parlaments, aber auch der Demokratie als Ganzem! Ich möchte an dieser Tradition festhalten und das Gemeinsame vor das Trennende stellen.

So heftig im Bundesrat über unterschiedliche Themen diskutiert wird, so oft steht die Notwendigkeit des Bestehens des Bundesrates auch selbst in Diskussion. Dabei bitte ich Sie, eines zu bedenken: Der Bundesrat ist Teil des Zweikamersystems und dieses fußt auf dem Prinzip des Gleichgewichtes. Für ein demokratisches System sind ausgewogene Checks and Balances im politischen Willensbildungsprozess wichtig. Der Bundesrat als zweite Kammer ist damit für mich unerlässlich. Und dass das auch die Menschen in Österreich so wahrnehmen und auch positiv wahrnehmen, liegt ganz entscheidend an uns allen.

Es ist unsere Verantwortung, und daran möchte ich heute besonders erinnern, dass wir diesen Bundesrat einfach positiv darstellen. Ob und wie wir die Herausforderungen unserer Zeit gemeistert haben, wie wir mit ihnen umgegangen sind und ob wir die jungen Menschen mit neuen Perspektiven ausgestattet haben, wird



erst in der Zukunft von den heute jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft, unseren Kindern, beurteilt werden. Nehmen wir gemeinsam diese Herausforderung an, erinnern wir uns an unsere Verfassungsgrundsätze und lassen Sie uns zum Wohle der Republik und zum Wohle der Menschen in diesem Land gemeinsam daran arbeiten!

Ich möchte noch einmal wiederholen: Ich möchte das Gemeinsame vor das Trennende stellen, damit wir positiv in die Zukunft blicken können, damit unsere Kinder eine positive Zukunft haben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit. – Herzlichen Dank.

Ansprache von Landeshauptmann Peter Kaiser

Anlässlich der Vorsitzübernahme Kärntens im Bundesrat nutzte der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser die Sitzung der Länderkammer für eine Erklärung mit dem Titel „Gemeinsam Krisen meistern und Zukunft schaffen“.



Dabei erinnerte er zunächst an seine letzten beiden Statements in dieser Form. Als er 2014 das erste Mal den Bundesrat adressierte, seien ihm Bund und Länder nach der Hypo-Krise solidarisch zur Seite gestanden, 2019 habe sich Österreich inmitten der Ibizakrise befunden. Die nunmehrige Notwendigkeit der Zukunftsgestaltung sprach Kaiser vor dem Hintergrund einer europäischen Perspektive auf die gegenwärtigen Krisen und in Zusammenhang mit dem Finanzausgleich und dem Thema Armutsbekämpfung an.

Kaiser: Europa der Regionen stärken

Im Bundesrat würden die europäische, nationale und die regionale Ebene miteinander verbunden, wobei die Bedeutung der Regionen in Europa steige, meinte der Kärntner Landeshauptmann mit Verweis

auf die Arbeit im Ausschuss der Regionen, in dem 270 europäische Regionen ihre gemeinsamen Ziele verbinden.

Man sollte sich darauf besinnen, dass ein gemeinsames Element stärker sei als jedes trennende, meinte er. Die EU sei eine „Einheit in Vielfalt“ und gleichzeitig die unverzichtbarere Basis, um die europäischen Werte zu sichern, zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Das Motto „Gemeinsam Krisen meistern und Zukunft schaffen“ verstehe er als ein Zusammenwirken über alle Parteizugehörigkeiten hinweg, so Kaiser. Er erklärte, dass das Regierungsprogramm der SPÖ-ÖVP-Koalition in Kärnten anhand der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen aufgebaut wurde. Diesen Weg wolle er weiter vertiefen.

Zum „heiklen Thema“ der Finanzausgleichsverhandlungen bekräftigte Kaiser die Position der Länder. Die Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Soziales und Bildung würden weiter überdurchschnittlich steigen und die Einnahmen damit nicht Schritt halten. Kaiser sprach von einer „Finanzierungslücke“ zulasten der Länder und Gemeinden und unterstrich die Forderung

der Landeshauptleutekonferenz nach der Erhöhung des „vertikalen Schlüssels“. Kein Bundesland sei bereit, eine automatische Verlängerung zur Kenntnis zu nehmen, forderte er einen Finanzausgleich ein, der den Bedürfnissen in den genannten Bereichen Rechnung trage.

Der Finanzausgleich sei auch ein Instrument, um jenen Menschen zielgerichtet zur Seite zu stehen, die es in der gegenwärtigen Situation schwer haben, meinte Kaiser zum Thema Armutsbekämpfung. Er sprach sich für Maßnahmen zu leistbarem Wohnen und erschwinglichen Nahrungsmitteln und zur Sicherstellung regenerativer Energie für den Grundbedarf aus. Angesichts von 353.000 armutsgefährdeten Kindern in Österreich – die Zahl sei „eine Schande“ – sollten alle politisch Tätigen ihrer Verantwortung nachgehen und dagegen ankämpfen, meinte Kaiser. Die Ländervertreterinnen und Ländervertreter könnten dazu beitragen, ein Europa der Regionen zu stärken. In Bezug auf die klimapolitische Verantwortung sollten alle politischen Gremien gemeinsam so vorgehen, dass die Enkelkinder noch Bedingungen vorfinden, unter denen sie leben können, betonte Kaiser abschließend diese politische Aufgabe.

Konferenz der Parlaments-präsident:innen in Dublin

In ihrem Redebeitrag anlässlich der zweitägigen Konferenz der Parlamentspräsident:innen der Mitgliedstaaten des Europarates sprach sich Bundesratspräsidentin Arpa für die Pflege einer offenen politischen Kultur aus.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Claudia Arpa nahmen am 28. und 29. September 2023 an der Konferenz der Parlamentspräsident:innen der Mitgliedstaaten des Europarates in Dublin teil. Dabei forderte Nationalratspräsident Sobotka, die Werte der Freiheit und der Demokratie selbstbewusst zu leben und diese gemeinsam zu verteidigen. Die Gefahren für die Demokratie themisierte auch Bundesratspräsidentin Arpa und sprach sich dafür aus, eine offene politische Kultur zu pflegen und die Menschen für die Demokratie zu begeistern.

Sobotka: Russischer Angriffskrieg ein Angriff auf die Demokratie

Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bedeute nicht nur unermessliches Leid, sondern er stelle auch einen

Angriff auf die Demokratie und deren Werte dar, erklärte Nationalratspräsident Sobotka im Rahmen der Konferenz. Um totalitären Staaten und Tendenzen zu begegnen, sei es wichtig, zu den Werten der Freiheit und der Demokratie zu stehen, sie selbstbewusst zu leben und gemeinsam zu verteidigen, betonte Sobotka. Mit seinen Auswirkungen – der Energiekrise, der Inflation und dem wirtschaftlichen Rückgang – habe der Angriffskrieg zu einer tiefen Verunsicherung und Polarisierung der Gesellschaften beigetragen. Populisten würden diese Ängste zusätzlich befeuern und missbrauchen.

Der Diskurs über diese Herausforderungen trete dabei aber immer mehr in den Hintergrund. Durch die rasanten technologischen Entwicklungen würde sich Kommunikation zusätzlich immer mehr im virtuellen Raum bewegen. Gleichzeitig



habe künstliche Intelligenz in der Informationsverbreitung eine immer größere Bedeutung. Diese werde viele Lebensbereiche enorm verändern. Es stelle sich aber die Frage, wie sich eine solche Revolution auf unsere Demokratien auswirken wird und welcher Regulierung es hier bedarf.

Arpa: Menschen für die Demokratie begeistern

Die soziale Ausgrenzung, der Hass gegen Fremde und Frauen und generell das Phänomen der politischen Resignation und Polarisierung seien gefährlich für Demokratien, erklärte Bundesratspräsi-

dentin Claudia Arpa in ihrem Redebeitrag. Gleichzeitig würden aber bei der Behandlung dieser Probleme oft diejenigen am Verhandlungstisch fehlen, die von diesen besonders betroffen seien. Man müsse daher selbstkritisch hinterfragen, ob die volle und gleiche Beteiligung aller am politischen und öffentlichen Leben genügend umgesetzt sei, meinte Arpa. Es sei daher wichtig, eine offene politische Kultur zu pflegen und Menschen für die Demokratie zu begeistern. Zudem müsse Armut bekämpft und der Zugang zu Bildung verbessert werden. Arpa sprach hierzu das Thema ihrer Präsidentschaft „Kindern eine Zukunft geben“ an.

Gruppenfoto der Präsidentinnen mit Bundesratspräsidentin Claudia Arpa (7. v. li.)

Enquete thematisiert Perspektiven für Kinder

Unter dem Motto „Kindern Perspektiven geben – unbeschwert, chancenreich und demokratisch erwachsen werden“ hielt der Bundesrat am 4. Oktober 2023 eine Enquete ab.

Bildung entscheide ganz zentral über das berufliche und wirtschaftliche Fortkommen junger Menschen, so Arpa in ihrer Begrüßungsrede. Benachteiligungen in diesem Bereich müsse daher möglichst früh entgegengewirkt werden. Es brauche einen chancengerechten Zugang zu Bildung und ein wirtschaftlich stabiles Umfeld für Kinder, zumal Armut Kinder ein Leben lang präge, betonte die Bundesratspräsidentin. Die Auswirkungen von Armut würden nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale und kulturelle Teilhabe junger Menschen betreffen. Darüber hinaus müsse für Kinder und Jugendliche auch die Teilhabe am demokratischen Prozess unterstützt und gefördert werden.



Kaiser: Durch Armut entgehen der Gesellschaft enorme Potenziale

Landeshauptmann Peter Kaiser wies darauf hin, dass eine Bedrohung durch Armut das genaue Gegenteil von Kindeswohl darstelle. Das Thema Armut habe aber im politischen Bewusstsein an Bedeutung verloren oder zumindest nicht jenen Stellenwert, den es eigentlich

haben müsse. Die entscheidende Theorie sei, dass Kinderarmut zu Benachteiligung, zur Verfestigung von Ungleichheit, zu gesundheitlicher Beeinträchtigung sowie zu Exklusion in vielen gesellschaftlichen Bereichen führe. Die negativen Begleiterscheinungen der Armut wirken sich ein Leben lang aus, so Kaiser. Auch wenn der Sozialstaat – als eine der größten Errungenschaften der Geschichte – die



Armutsgefährdung mildere, gebe es angesichts dieser immer noch hohen Zahl dringende politische Maßnahmen zu setzen. Kaiser wies dazu unter anderem auf Ansätze wie mehr Verteilungsgerechtigkeit, auch beim Thema Erbschaften, hin.

Blaha: Österreich ist Klassengesellschaft, die so tut, als wäre sie keine

Armut mache unsichtbar und man rede in diesem Land nicht gern darüber, meinte die Leiterin des Momentum Instituts Barbara Blaha. Sie kritisierte eindringlich, dass es einem der reichsten Länder nicht gelinge, die Armut abzuschaffen. Ähnlich wie Kaiser meinte sie, dass Armut am effektivsten bereits im Kindergarten abgefangen werden könne. Jeder Euro komme hier vielfach zurück, so Blaha. Wer keine Kindergärten baue, schade der Familie mehrfach und generationenübergreifend – bis hin zur geringen Pension von Frauen.

Bildung sei der größte Hebel im Sozialen und bei der Gesundheit, betonte die Institutsleiterin. Menschen mit höherer Bildung seien und fühlten sich weniger krank und leben länger. Das Angebot an Kinderbetreuung habe sich in Österreich allerdings seit den 1980er-Jahren nur verdoppelt, während es in anderen europäi-



schen Ländern bis zum Siebenfachen angestiegen sei. Neben einem „beschämend schlechten“ Betreuungsschlüssel habe Österreich außerdem nur eine minimale Steigerung bei der Ganztagsbetreuungsquote, kritisierte sie.

Mahlodji: Tools für Kinder zur Resilienz

Zu stellen sei eigentlich die Frage, was Kinder wollen, meinte EU-Jugendbotschafter Ali Mahlodji in seinem Impulsreferat. Aus seiner Sicht sei das genauso wie bei Erwachsenen der Wunsch, ein gelungenes Leben zu führen. Es seien jedenfalls nicht die Kinder, die „repariert“ werden müssen, die seien gut genug. Vielmehr hätten Kinder und Jugendliche immer dann ein Problem, wenn die erwachsenen Bezugspersonen überfordert sind, sie viel zu früh Verantwortung übernehmen müssen und in ihrer Entwicklung „anstehen“.

Es müsse in der Gesellschaft dafür gesorgt werden, in eine Vorbildfunktion zu kommen und Lehrpersonen sowie Familien und damit die Kinder zu entlasten. Demgegenüber stehe aber, dass alle unter Stress stehen, Lehrpersonen mit Berufsorientierungsfragen komplett alleine gelassen würden oder dass Kindergärten durch zu viel Administration belastet seien. Aus Sicht von Mahlodji lautet eine Empfehlung, Kindern Tools beizubringen, wie sie resilient werden und mit Stress umgehen können, anstatt ihnen Vorgaben „einzubläuen“.



Themen der Fraktionen

So unterschiedlich die Zugänge sein mögen, so sehr sei es das gemeinsame Ziel, Kindern Perspektiven zu geben, meinte der ÖVP-Fraktionsvorsitzende im Bundesrat, Karlheinz Kornhäusl. Jedes Kind



in Österreich müsse seinen Weg gehen können. Dabei sei Bildung die „Leiter aus der Armut“, betonte Kornhäusl und wies darauf hin, dass diesbezüglich in den letzten Jahren schon einiges gelungen sei. Als Beispiel nannte er die Kindergarten-milliarden, wiewohl es insgesamt natürlich gelte, weiterzumachen. Den Wohlstand in Österreich sehe er aber immerhin als Indikator, dass „nicht alles ganz schlecht“ sei.

In unserem reichen Land seien viel zu viele Kinder mit Armut belastet, so die SPÖ-Fraktionsvorsitzende im Bundesrat Korinna Schumann. Die Last für Familien sei besonders durch die Teuerung größer geworden. Sie sprach sich dafür aus, die Preise systematisch zu dämpfen. Ebenso brauche es flächendeckend einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz und neben einer Entlastung der Pädagoginnen und Pädagogen eine Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen in der Schule. Es dürfe in diesem Land kein Talent zurückgelassen werden, so Schumann.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FPÖ im Bundesrat Marlies Doppler ortete in manchen Bekenntnissen allerdings nur „Worthülsen“ im Vergleich dazu, dass in der Coronapandemie Schulen geschlossen wurden und den Kindern durch „überzogene“ Maßnahmen wertvolle Bil-



dungszeit geraubt worden sei. Die nunmehrige Teuerung bringe darüber hinaus massive finanzielle Einbußen, die auch wieder die Kinder „ausbaden“ müssten. Die FPÖ wolle jedenfalls den Eltern die freie Wahlmöglichkeit zwischen Gratis-kindergarten oder finanzieller Unterstützung für jene bieten, die Kinder unter drei Jahren selbst betreuen wollen.



Kindern Perspektiven zu bieten sei eine Pflicht, betonte die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundesrat Simone Jagl. Armut mache physisch und psychisch krank und bedeute auch Ausgrenzung. Die soziale Mobilität sei in Österreich sehr gering, so Jagl. Es dauere bis zu vier Generationen, um einer sozial schwachen Stellung zu entkommen. Sie wies auf bereits gesetzte Maßnahmen der Bundesregierung wie etwa die Valorisierung der Familien- und Sozialleistungen hin und nannte darüber hinaus als Vision der Grünen eine „Kindergrundsicherung“. Zudem brauche es mehr Anstrengung und Ernsthaftigkeit im Klimaschutz, denn Kinder hätten ein Recht darauf, dass ihnen eine lebenswerte Welt hinterlassen werde.



Politische Unterstützung für Rettungs- und Sanitätsdienst

Die Leistungen des Rettungs- und Sanitätsdienstes standen im Mittelpunkt eines Symposiums zur Neugestaltung des Sanitätergesetzes. Bundesratspräsidentin Claudia Arpa sprach sich für eine Neugestaltung des Berufsbildes aus.

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowie Interessengruppen aus dem Gesundheitswesen wurden im Rahmen des Symposiums zum einen Herausforderungen und Problemstellungen herausgearbeitet und zum anderen Ansätze und Strategien diskutiert, um den Rettungsdienst zukunftsfähig zu gestalten.

Neben Fachkundigen, die aus der Praxis über die aktuellen Herausforderungen des Berufsstands berichteten, kamen im Rahmen einer Podiumsdiskussion auch Abgeordnete mit ihren Einschätzungen zu Wort. Breite Übereinstimmung zeigte sich darüber, dass eine bessere Ausbildung und die Entwicklung eines modernen Berufsbilds notwendig seien. Es gelte, das



Recht der Patientinnen und Patienten auf eine fachgerechte Versorgung zu gewährleisten und den Herausforderungen, die sich für das Gesundheitssystem in Zukunft stellen werden, zu begegnen. Diese Einschätzung brachten auch Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in ihren Begrüßungsstatements zum Ausdruck.

Arpa: Sanitäter:innen brauchen jede Unterstützung

In ihren Begrüßungsworten zur Eröffnung des Symposiums brachte Bundesratspräsidentin Claudia Arpa ihre Wertschätzung und Unterstützung für die wichtige Berufsgruppe der Sanitäterinnen und Sanitäter zum Ausdruck.

Angesichts der demografischen Entwicklung in Österreich sei klar, dass die Herausforderungen für den Sanitäts- und Rettungsdienst in naher Zukunft noch weiter zunehmen werden, sagte Arpa zu Beginn. Zugleich werde es immer schwieriger, genügend Freiwillige zu finden. Eine Neustrukturierung dieses wichtigen Bereichs der Gesundheitsversorgung sei daher unumgänglich, so Arpa. Mehr Unterstützung und vor allem auch eine fundierte Ausbildung der Sanitäterinnen

und Sanitäter sei notwendig. Die Bundesratspräsidentin sprach sich aus diesen Gründen für eine Revision des Sanitätergesetzes aus. Das Berufsbild müsse neu gestaltet werden, damit die Sanitäterinnen und Sanitäter auch in Zukunft ihre wichtigen Leistungen in einem menschenwürdigen Arbeitsumfeld erbringen können.

Sobotka: Brauchen gesetzliche Regelungen für Sanitäter:innen

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte, dass der gemeinsame Ausgangspunkt aller Überlegungen zum Beruf der Sanitäterinnen und Sanitäter die Anhebung des Ausbildungsniveaus sein müsse. Er wisse aus eigener Erfahrung, dass der Rettungsdienst in der österreichischen Bevölkerung sehr geschätzt werde und hohes Vertrauen genieße. Dahinter stehe viel freiwillige Arbeit und persönlicher Einsatz, aber auch sehr viel an Professionalität, technischem Wissen und Können. Österreich habe einen schnellen, effizienten und mit Empathie handelnden Rettungsdienst. Das müsse auch die Politik zur Kenntnis nehmen. Daneben sei es auch notwendig, die Frage der Aufgabenverteilung sachlich zu debattieren, so Sobotka.

Parlamentarischer Gipfel der Krim-Plattform in Prag

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Claudia Arpa nahmen am 23. und 24. Oktober am zweiten parlamentarischen Gipfel der Internationalen Krim-Plattform teil. Das Treffen fand in Prag statt.

„Diese Plattform ist eine wichtige Initiative und ein starkes Signal für die gemeinsame Nichtanerkennung der Krim-Annexion von 2014 durch Russland“, sagte Nationalratspräsident Sobotka in seiner Rede im Beisein der Präsidentin des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik Markéta Pekarová Adamová, des tschechischen Senatspräsidenten Miloš Vystrčil und des Präsidenten des ukrainischen Parlaments Ruslan Stefantschuk.

„Die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 und die anhaltende Aggres-

sion in der Ukraine sind eine klare Verletzung der Souveränität der Ukraine und des Völkerrechts“, betonte Bundesratspräsidentin Claudia Arpa.

Maßnahmen gegen die Verbreitung von Desinformationen ergreifen

„Die schrecklichen Angriffe der Hamas auf Israel haben eine weitere Front gegen die demokratische Staatengemeinschaft, gegen unsere gemeinsamen Werte und Prinzipien und gegen die Menschlichkeit



eröffnet. Die globale Rechtsordnung, die bereits durch Russlands Angriffskrieg erschüttert wurde, wird damit noch weiter destabilisiert“, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. In seiner Rede wies er auf die gefährlichen Auswirkungen der gezielten Verbreitung falscher Narrative hin: „Solche Desinformationskampagnen kommen zu physischer Gewalt hinzu, mit dem Ziel, unsere Gesellschaften und Länder zu spalten. Die Parlamente sind gefordert, gegenzusteuern: Wir müssen Maßnahmen ergreifen und Vorschriften erlassen, um die Verbreitung von Desinformationen zu verhindern“, betonte er.

In die Zukunft der Kinder investieren

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa machte in ihrer Rede auf das vom Angriffskrieg verursachte Leid von ukrainischen Frauen und Kindern aufmerksam. „Es ist unsere moralische Pflicht, ukrainische Kinder zu schützen und zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass sie Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und psychologischer Betreuung haben. Wir müssen in ihre Zukunft investieren, denn sie sind die Hoffnung auf eine friedliche und wohlhabende Ukraine“, so Arpa. Sie erinnerte in ihrer Rede an die grausamen, gewaltsamen Entführungen Tausender ukrainischer Kin-

„Die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 und die anhaltende Aggression in der Ukraine sind eine klare Verletzung der Souveränität der Ukraine und des Völkerrechts.“

**Bundesratspräsidentin
Claudia Arpa**

der nach Russland und die schrecklichen Herausforderungen, die Frauen in Konfliktgebieten oder nach der Flucht ins Ausland zu bewältigen haben, und betonte: „Als gewählte Vertreter:innen haben wir die Pflicht, Frieden, Menschenrechte und Gerechtigkeit nicht nur innerhalb unserer eigenen Grenzen, sondern auch auf der globalen Bühne zu fördern“.

Ziele der 2021 von der Ukraine gegründeten Internationalen Krim-Plattform sind die Beendigung der russischen Besetzung der Krim sowie die damit einhergehende Stärkung der europäischen und globalen Sicherheit. Die Plattform dient als Koordinierungs- und Beratungsforum für Regierungsvertreterinnen und -vertreter, Parlamentsabgeordnete und führende Expertinnen und Experten. Das Treffen endete mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung.

Tag der offenen Tür am Nationalfeiertag

Beim Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2024 begrüßte auch Bundesratspräsidentin Claudia Arpa die zahlreichen Besucherinnen und Besucher des Parlaments. Bei einem Rundgang konnten die Gäste „ihr“ Haus erkunden.

Am 26. Oktober 2023 öffnete das Parlament seine Türen für zahlreiche nationale und internationale Besucherinnen und Besucher. Eine 60-minütige Tour führte die Gäste von den Sitzungssälen des National- und Bundesrates bis ins Plenarium unter der neu sanierten Glaskuppel.

Zum Tag der offenen Tür am Nationalfeiertag war das Parlamentsgebäude von 10 bis 16 Uhr für Besucherinnen und Besucher geöffnet. Neben den Sitzungssälen konnten auch die Ausschusslokale besichtigt werden, die ansonsten den Parlamentarierinnen und Parlamentariern vorbehalten sind.

Austausch mit Mandatarinnen und Mandataren

Die deutschsprachigen Führungen wurden in österreichische Gebärdensprache und Englisch gedolmetscht. Die Besucherinnen und Besucher hatten Gelegenheit, sich mit den Präsidentinnen und Präsidenten des National- und Bundesrates sowie den Mandatarinnen und Mandataren auszutauschen.

Der Rundgang endete nach einer Verabschiedung durch die Demokratiewerkstatt-Maskottchen auf der Rampe des Parlaments mit einem einmaligen Ausblick über die Ringstraße.



Tag des Bundesrates zum Thema Kinderrechte

Unter dem Motto „Kinderrechte sind Menschenrechte“ lud Bundesratspräsidentin Claudia Arpa am 27. November 2023 zum Tag des Bundesrates. Die Gastgeberin betonte die Bedeutung von Kinderrechten, an denen es stetig zu arbeiten gelte.

Kinderrechte seien seit 34 Jahren in der UN-Kinderrechtskonvention und seit mehr als zehn Jahren in der Bundesverfassung verankert, erläuterte Bundesratspräsidentin Arpa. Es sei zu überprüfen, ob die gelebte Praxis, das gesellschaftliche Leben und die Lebensrealität mit gelgendem Recht übereinstimmen, sagte sie. Die Umsetzung von Kinderrechten sei nach wie vor eine Herausforderung und ein fortdauernder Prozess.

Angesichts der vielen und oftmals unerwarteten Entwicklungen gelte es, der jungen Generation Sicherheit zu vermitteln und Unterstützung anzubieten. Arpa verwies auf die Bedeutung eines wirtschaftlich stabilen Zuhauses und dessen „enormen“ Auswirkungen auf das spätere Leben. Dieses ermögliche die Teilhabe am sozialen und kulturellen Geschehen. Erst durch eine wirtschaftlich solide Basis in

jungen Jahren würden sich die Potenziale der jungen Menschen entfalten können. Das Recht auf einen chancengleichen Zugang zu Bildung, auf ein gesundes Aufwachsen, auf eine intakte Umwelt, auf eine solide Gesundheitsversorgung sowie das Recht auf Mitbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft seien wichtige Grundsteine, an denen es zu arbeiten gelte, so Arpa.

Berchtold: Kinderrechte sind essenzielle Grundrechte

1992 habe Österreich zwar die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert, es seien aber längst noch nicht alle Kinderrechte umgesetzt und implementiert worden, kritisierte Jana Berchtold, UN-Jugenddelegierte der Bundesjugendvertretung, in ihrer Keynote. Wir würden in einer Zeit leben, in der Kinder weltweit in Krisenzei-

ten aufwachsen. Wie bei der Klimakrise, der Teuerung oder Kriegen bedeute das oftmals auch, dass die Rechte von Kindern verletzt werden.

Kinderrechte seien keine Handlungsempfehlungen, sondern essenzielle Grundrechte, die ein chancenreiches und gesundes Aufwachsen garantieren sollen. Sie seien die gesellschaftlichen Spielregeln, ohne die ein Zusammenleben und Aufwachsen nicht gelingen könne. Sie müssten daher für alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren in ihrem Leben spürbar sein und umgesetzt werden, betonte Berchtold.

Podiumsdiskussion zu Kinderrechten, Kinderarmut und Klimakrise

In einer Podiumsdiskussion diskutierten die Jugendbotschafterin Corinna Heinze, der Universitätsprofessor und Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie Ernst Berger, Corinna Geißler von Unicef Österreich, Andrea Holz-Dahrenstaedt von der Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg und die Geschäftsführerin der Bundesjugendvertretung Eleonora Kleibel.

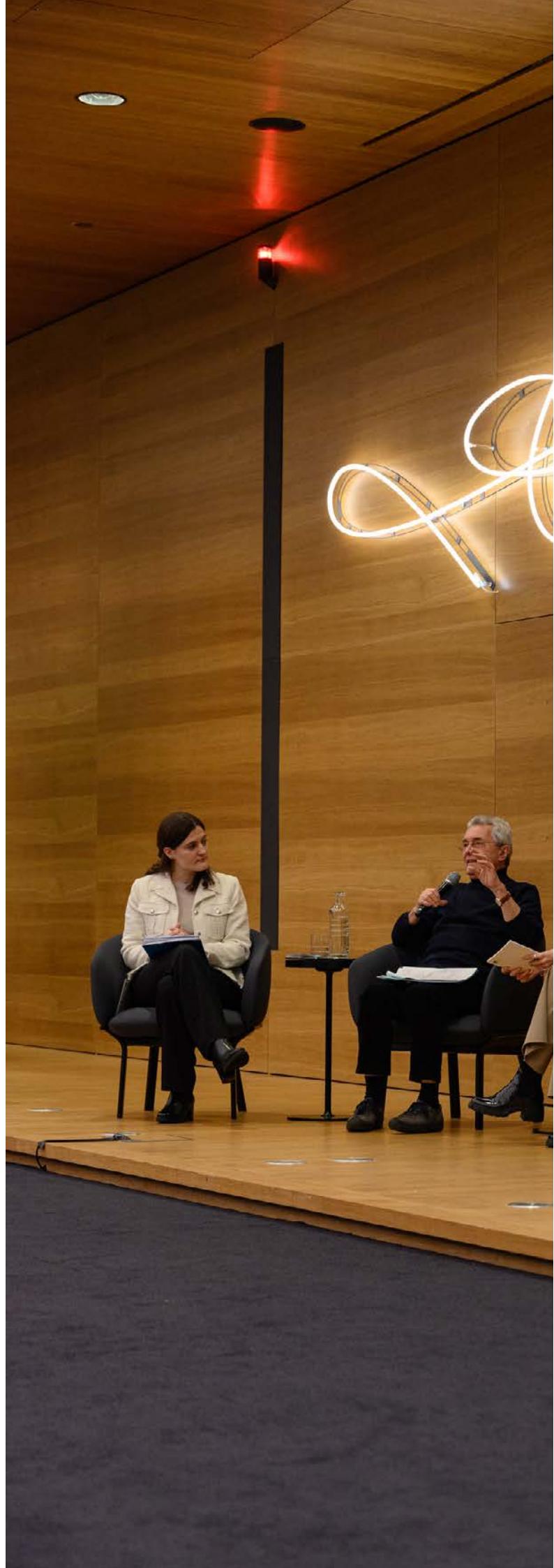
Kinder in Armut seien ausgrenzungsgefährdet, betonte Andrea Holz-Dahrenstaedt von der Kinder- und Jugend-

anwaltschaft Salzburg und forderte die Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder und die damit verbundene rasche Erstellung eines Nationalen Aktionsplans. Als sinnvolle Maßnahme befand sie eine Kindergrundsicherung. Es brauche nicht stigmatisierende Leistungen wie ein kostenfreies Mittagessen oder die freie Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Angesichts der langfristigen Auswirkungen von Armut auf das Leben von Kindern befürwortete Eleonora Kleibel eine Kindergrundsicherung. Belegt sei, dass sich jeder in ein Kind „investierte“ Euro volkswirtschaftlich rechne. Auf die Bedeutung frühkindlicher Erziehung für die langfristige Entwicklung von Kindern wies Corinna Geißler von Unicef Österreich hin.

Armut bedeute oft, dass Kinder nicht an sozialen Aktivitäten teilnehmen können, gab der Kinder- und Jugendpsychiater Ernst Berger zu bedenken. Dies erzeuge ein permanent wiederholtes Erlebnis des Ausschlusses und dies führe dazu, dass sich Betroffene zurückziehen oder aggressiv verhalten. Wenn die Politik Kinderarmut und damit die Lebensrealität von Betroffenen negiere, sei es nicht verwunderlich, dass sich die Jugend nicht von der Politik vertreten fühle. Zudem wies Berger auf die weiter nicht ausreichenden Versorgungsstrukturen in der

Kinder- und Jugendpsychiatrie hin und kritisierte, dass Kinder mit Behinderungen als Bittstellerinnen und Bittsteller und nicht als Trägerinnen und Träger von Rechten behandelt würden.

Angesichts der Klimakrise brauche es für Kinder und Jugendliche die Perspektive, dass sich etwas ändert, forderte die Jugendbotschafterin Corinna Heinze. Drei Viertel der Jugendlichen würden sich zum Thema Klima nicht gehört fühlen und 60 Prozent glaubten, dass sich das auch nicht ändern werde, gab die Geschäftsführerin der Bundesjugendvertretung Eleonora Kleibel zu bedenken. Die Klimaveränderung habe massive Auswirkungen auf Kinder und diese seien überproportional davon betroffen, sagte Corinna Geißler von Unicef Österreich. Kinder sollten ins Zentrum der Klimapolitik gestellt werden. Ernst Berger wies auf den Zusammenhang von Klimawandel und Migration und dessen steigende Bedeutung hin. In der Kommunikation mit Kindern zum Klimawandel sei es wichtig, ihnen ihre eigenen Handlungskompetenzen und -möglichkeiten aufzuzeigen und ihnen zu vermitteln, dass sie den Dingen nicht ausgeliefert seien, betonte der Kinder- und Jugendpsychiater.





„Angesichts der Klimakrise
braucht es für Kinder und
Jugendliche die Perspektive,
dass sich etwas ändert.“

Jugendbotschafterin
Corinna Heinzle

In ihren Abschlussstatements hoben die Expertinnen und Experten die für sie wichtigen und notwendigen nächsten Schritte und Maßnahmen hervor. Es sei von Bedeutung, mit Kindern und nicht nur über sie zu reden – sie also einzubinden, meinten hierzu Corinna Heinzle und Corinna Geißler. Kinderrechte sollten so ernst genommen werden, dass ein eigenes Kindheitsministerium eingerichtet werden sollte, forderte Andrea Holz-Dahrenstaedt. Auf einen ausreichenden Ausbau von Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche in psychischen Krisen in einer absehbaren Zeit hofft Ernst Berger. Die Umsetzung eines Kinderrechte-monitorings angesichts der Kinderrechtsverletzungen in Österreich verlangte Eleonora Kleibel.

Austausch mit Vertreterinnen der Frauenhäuser

Am 30. November 2023 lud Bundesratspräsidentin Arpa Vertreterinnen der Frauenhäuser aus den Bundesländern zu einem gemeinsamen Austausch im Parlament. Zentrales Thema war die finanzielle Unterstützung der Einrichtungen.

Die Sicherstellung der Finanzierung von Gewaltschutzzentren und Frauenhäusern war ein grundlegendes Anliegen aller Anwesenden. Jeder der 26 Femizide im Jahr 2023 und jeder Übergriff an Frauen sei einer zu viel, daher dürfe an der Förderung der Frauenhäuser nicht gespart werden, erklärte die Bundesratspräsidentin.

Bei dem Treffen bestand Einvernehmen darüber, dass mehr Mittel in die Gewaltprävention fließen müssen und mehr gesellschaftspolitische Maßnahmen gesetzt werden sollen.

Die Einsetzung von Gewaltschutzbeiräten in den Bundesländern wäre dafür ein ebenso begrüßenswertes Instrument, wie auch der Schutz von Gewalt betroffenen Kindern und Jugendlichen ausgebaut werden sollte, so Arpa. Es brauche nicht nur Opferschutzeinrichtungen, sondern



vor allem Maßnahmen und strukturelle Veränderungen, die verhindern, dass es überhaupt zu Gewalt an Frauen kommt.

Abschließend erinnerte Arpa an die Gründung der ersten Frauenhäuser vor 45 Jahren und verwies auf die Auslastung der

Schutzstelle von Beginn an. Frauenhäuser seien heute aus der Landschaft sozialer Einrichtungen nicht mehr wegzudenken. Die Aufgaben seien nicht weniger geworden und die Unterstützung der Schutzhäuser dringender denn je, betonte Arpa.



Bekenntnis zur Chancengleichheit: Purple Light Up

Im Vorfeld des Internationalen Tages für Menschen mit Behinderungen wurde das Parlament mit dem Zertifikat „Fair für alle“ ausgezeichnet. Bundesratspräsidentin Arpa eröffnete die Veranstaltung, die im Rahmen von Purple Light Up stattfand.

Mit der Teilnahme an der globalen Kampagne Purple Light Up will das Parlament die Rechte und Anliegen von Menschen mit Behinderungen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Im Vorfeld des Internationalen Tages für Menschen mit Behinderungen, der am 3. Dezember begangen wird, fand am 30. November 2023 eine Veranstaltung im Hohen Haus statt, bei der das Parlament mit dem „Fair für alle“-Zertifikat ausgezeichnet wurde.

Bekenntnis zur Umsetzung von Chancengleichheit

Es sei für sie eine Herzensangelegenheit, die heutige Veranstaltung eröffnen zu dürfen, betonte die Bundesratspräsidentin Arpa, zumal sie während ihrer Berufslaufbahn einige Jahre mit Menschen mit Behinderungen gearbeitet habe. Die Ini-

tiative sei eine „wunderbare Möglichkeit“, um ein deutliches Zeichen im Sinne der Inklusion zu setzen. Im Hinblick auf die von Österreich im Jahr 2008 unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention appellierte sie daran, weiter am Ausbau der Chancengleichheit zu arbeiten. Diese müsse auf allen Ebenen realisiert werden, von der Bildung, der beruflichen Teilhabe bis hin zur Mitwirkung am öffentlichen und sozialen Leben. Sie hoffe, dass die Auszeichnung für das Parlament eine Vorbildwirkung auf andere Institutionen haben werde.

Appell an die Länder: „Bittstellerum“ muss ein Ende haben

Rudolf Kravanja, Präsident des Bundesverbandes für Menschen mit Behinderungen, überreichte das „Fair für alle“-Zertifikat an das Parlament, das wie keine andere Insti-

tution für Demokratie und Teilhabe stehe. In ihrer Keynote kam Helene Jarmer, Präsidentin des Österreichischen Gehörlosenbundes, auf die noch bestehenden Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen zu sprechen. Es müsse vor allem ein Ende mit dem „Bittstellertum“ haben, weshalb der Inklusionsfonds auf die Beine gestellt werden sollte, appellierte sie in Richtung der Vertreterinnen und Vertreter der Länder.

Interessierte Besucherinnen und Besucher konnten an sogenannten barrierefreien Kurzführungen teilnehmen, die von Barbara Sima-Ruml (Sachverständige für barrierefreies Bauen) angeboten wurden. Für die musikalische Umrahmung sorgte das inklusive Ensemble Ohrenklang.

Teilnehmende auf der ganzen Welt setzen ein sichtbares Zeichen

Das Parlament trägt durch die Teilnahme an der globalen Kampagne Purple Light Up dazu bei, die Rechte und Anliegen von Menschen mit Behinderungen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Mit der Barrierefreiheit-Zertifizierung „Fair für alle“ setzt das Hohe Haus ein weiteres Zeichen dafür, dass erfolgreich Inklusionslösungen umgesetzt werden können, die eine gleichberechtigte Teilnahme am parlamentarischen Geschehen ermöglichen.

Im Vorfeld des Internationalen Tages für Menschen mit Behinderungen wurde die Fassade des Parlaments lila beleuchtet.



Tag der Volksgruppen mit vielfältigem Kulturprogramm

Am Tag der Volksgruppen luden Nationalratspräsident Sobotka und Bundesratspräsidentin Arpa ins Hohe Haus, um die Bedeutung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt für Österreich ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken.

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa sprach von einem „Tag der Vielfalt, der Wertschätzung und des Bekennens“, an dem die Sprache in der Vielfalt ihrer Ausdrucksformen gewürdigt werde. Sprache schaffe Wirklichkeit und sei so für die

gesellschaftliche Debatte unumgänglich, meinte sie. Um die Kultur der Vielfalt zu stärken, gelte es also, das Wissen über die Volksgruppen in der österreichischen Gesellschaft gesamtheitlich zu stärken und so Vorurteilen entgegenzuwirken.



Österreich sei ein vielfältiges Land, betonte die Präsidentin der Länderkammer.

Am Tag der Volksgruppen solle die sprachliche und kulturelle Vielfalt Österreichs einmal mehr unter Beweis gestellt werden, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei seiner Begrüßung. Der Dialog, der als Kennzeichen der Demokratie im Plenarsaal des Parlaments gut aufgehoben sei, stünde für das Respektieren unterschiedlicher Meinungen und das Finden von Kompromissen, verwies er auf die im Parlament eingerichtete Dialogplattform und auf den Bedarf, „Gemeinsames vor Trennendes zu stellen“. Sobotka hob dabei insbesondere die Rolle der jugendlichen Volksgruppenangehörigen hervor. Sie würden sich mehr Anerkennung von der Mehrheitsgesellschaft wünschen.

Wissen über Volksgruppen wichtig für interkulturellen Dialog

Die Volksgruppenbeiräte der sechs in Österreich anerkannten autochthonen Volksgruppen brachten ihre jeweiligen Anliegen rund um das Thema Sprachreinhalt vor.

Emma Lantschner von der Universität Graz sprach über den „Volksgruppen-

schutz als kontinuierliche Aufgabe“ und schlug Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung über die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Volksgruppenangehörigen vor.

Integrationsministerin Susanne Raab unterstrich, dass Veranstaltungen wie jene zum Tag der Volksgruppen im Parlament ein Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung der Volksgruppen als fester und integraler Bestandteil der österreichischen Identität seien.

Seitens aller im Parlament vertretenen Parteien gaben die Bereichssprecherinnen und Bereichssprecher für Volksgruppen ihre Statements zu den Inhalten und Schwerpunkten ab. Ein weiterer Teil der Veranstaltung widmete sich dem Thema Jugend und Zukunft sowie künftigen Perspektiven und Visionen.

Österreich bekennt sich in der Bundesverfassung zur Achtung und Förderung der in Österreich ansässigen Volksgruppen, die durch völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Bestimmungen geschützt sind. Das Parlament verfolgt einen verstärkten Dialogprozess mit den Volksgruppen und versteht ihre sprachliche und kulturelle Vielfalt als identitätsstiftendes Merkmal der Republik.

Eröffnung der Ausstellung „Das österreichische Romanes“

Anlässlich des Tages der Volksgruppen wurde zudem die Ausstellung „Das österreichische Romanes. 30 Jahre Anerkennung – 600 Jahre in Österreich“ im Parlament eröffnet.

In der Ausstellung stehen die Geschichte und Vielfalt der Sprache der Roma im Mittelpunkt, die vor 30 Jahren als autochthone Volksgruppe in Österreich anerkannt wurden. Es sei ein langer Weg bis zur Anerkennung gewesen, hob Bundesratspräsidentin Claudia Arpa in ihren Begrüßungsworten hervor und erinnerte auch an die „furchtbaren Geschehnisse“

während der Zeit des Nationalsozialismus. Umso wichtiger sei es nun, sich im Sinne der Vielfalt für den Erhalt der Kultur und der Sprache einzusetzen.

Das österreichische Romanes sei die Sprache der größten und vielfältigsten Minderheit Europas, betonte Nationalratspräsident Sobotka. Das Aufzeigen und die Bewahrung dieses Erbes seien Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft. Die Ausstellung biete für viele Menschen eine Möglichkeit, erstmals in die vielfältige Kultur und Sprache der Roma einzutauchen, die seit dem 15. Jahrhundert auf dem österreichischen Territorium präsent sei, erklärte Sobotka in seinen Eröffnungsworten. Er wünschte sich mehr An-



erkennung und Akzeptanz dafür und sah die Politik gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen. Laut einem einstimmigen Beschluss des Nationalfonds-Gesetzes soll ein Mahnmal für all jene Roma und Sinti errichtet werden, die Opfer des Nationalsozialismus geworden sind, führte er weiter aus. Man habe bereits Kontakt mit der Stadt Wien aufgenommen, um einen geeigneten Gedenkort zu finden.

standteil der ethnokulturellen Vielfalt Österreichs. In der im Auftrag des Parlaments gestalteten Ausstellung wird ihre Verankerung in Indien und Europa beschrieben, ihr besonderer sprachlicher Reichtum beleuchtet sowie das literarische Schaffen in Romanes dargestellt. Gezeigt wurde auch ein Film, in dem Roma und Romnja zu Wort kommen und ihre Perspektive auf ihre Sprache schildern.

Würdigung einer gefährdeten Sprache

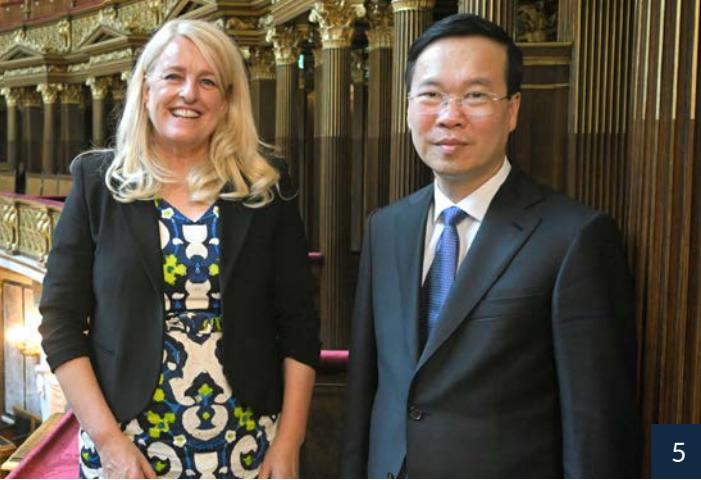
Mit der Volksgruppenanerkennung am 16. Dezember 1993 bekannte sich die Republik Österreich zum Schutz und zur Pflege des Romanes als integraler Be-



Regional und international: Der vernetzte Bundesrat

Im Rahmen ihres Vorsitzes traf Bundesratspräsidentin Claudia Arpa zahlreiche österreichische und internationale Politikerinnen und Politiker. Dank des ländерübergreifenden Austausches kann das Netzwerk des Bundesrates gestärkt und erweitert werden.





- 1) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und die Präsidentin der Republik Slowenien Nataša Pirc Musar
- 2) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und der Vorsitzende des japanischen Lenkungsausschusses Junichi Ishii
- 3) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und der Mehrheitsführer im nigerianischen Senat Michael Opeyemi Bamidele
- 4) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa am Rednerpult der ER-PV Konferenz in Dublin
- 5) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und der Staatspräsident der Sozialistischen Republik Vietnam Võ Văn Thưởng
- 6) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und der ukrainische Botschafter Vasyl Khymynets
- 7) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und die Botschafterin von Georgien Ketevan Tsikhelashvili



- 8) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa und der Nationalratspräsident von Slowenien Marko Lotrič
- 9) (v. r.) Bundesratspräsidentin Claudia Arpa, der Präsident des Landtages des Fürstentums Liechtenstein Albert Frick und Parlamentsdirektor Harald Dossi

Besuch bei Amtskollegen in Slowenien

Am 24. November traf die Bundesratspräsidentin im Rahmen ihres offiziellen Besuchs in Slowenien mit ihrem slowenischen Amtskollegen Marko Lotrič sowie mit dem Präsidenten der slowenischen Nationalversammlung Urška Klakočar Zupančič für Gespräche zusammen.

Im Zentrum der Gespräche standen die Zusammenarbeit im Katastrophenmanagement und im Gesundheitsbereich sowie die Bedeutung der Heranführung der Länder des Westbalkans an die Europäische Union. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Bewältigung der inner-europäischen Migration sowie die Angriffe auf die Ukraine und Israel thematisiert.

In einem gemeinsamen Pressestatement mit Marko Lotrič zeigte sich die Bundesratspräsidentin erfreut über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten Slowenien und Österreich. Die beiden Länder hätten hervorragende Verbindungen, die sich auch in den bilateralen Kontakten widerspiegeln würden, so Arpa.

Vor dem Hintergrund des Extremwetters und der massiven Überschwemmungen,

die im Sommer 2023 Slowenien und Teile Österreichs betroffen haben, betonte Arpa die Bedeutung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Katastrophenmanagement. Der globale Klimawandel, die Auswirkungen der Klimaerwärmung und die damit einhergehenden Wetterextreme machten vor keiner Staatsgrenze halt, sagte Arpa. Die Erfahrung der Hochwasserereignisse verdeutlichte die Notwendigkeit gemeinsamer Hilfsmaßnahmen. Man müsse daher die Möglichkeit grenzüberschreitender Rettungs- oder Feuerwehreinsätze ausbauen und die Zusammenarbeit im Katastrophenmanagement stärken.

Auch im Gesundheitsbereich möchten die beiden Länder die Zusammenarbeit fördern. Mit Unterstützung der Europäischen Union, aber auch bilateral stehe man bereits im gemeinsamen Austausch.



Slowenien hat mit der Etablierung von Primärversorgungszentren einen Weg beschritten, der auch Österreich als Vorbild dient.

Angesichts der weiterhin starken Migrationsbewegungen in Europa wies Bundesratspräsidentin Arpa auf die Notwendigkeit hin, das Asyl- und Migrationssystem in Europa zu reformieren. Man strebe weiterhin eine intensive Zusammenarbeit der Länder im Bereich irregulärer Migration an.

Schließlich betonte Arpa die Bedeutung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Slowenien und Österreich.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der Angriff der Hamas auf Israel verdeutlichten abermals den Wert eines friedlichen und geeinten Miteinanders. Man werde solidarisch an der Seite der Ukraine stehen, solange es vonnöten ist, und werde sich auch weiterhin für humanitäre Hilfe und eine friedliche Lösung in Israel einsetzen.

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa (2. v. li.) und Nationalratspräsident von Slowenien Marko Lotrič (4. v. li.) im slowenischen Parlament

Delegation des Bundesrates zu Besuch in Georgien

Höhepunkt des offiziellen Besuchs war ein Treffen mit Parlamentspräsident Shalva Papuashvili und Premierminister Irakli Garibashvili.

Die Präsidentin des Bundesrates Claudia Arpa, Vizepräsidentin Doris Hahn sowie die Bundesräte:innen Christine Schwarz-Fuchs (ÖVP), Manfred Mertel (SPÖ), Markus Leinfellner (FPÖ) und Marco Schreuder (Grüne) besuchten von 15. bis 17. November Georgien. Auf dem Besuchsprogramm stehen Treffen und Gespräche mit dem georgischen Parlamentspräsidenten Shalva Papuashvili, Vertreter:innen der Regierungs- sowie Oppositionsparteien sowie dem Premierminister Irakli Garibashvili.

Bundesratspräsidentin Arpa gratulierte Georgien in einem gemeinsamen Pressestatement mit dem Parlamentspräsidenten zur jüngsten Empfehlung der EU-Kommision, dem Land den EU-Kandidatenstatus zu verleihen. Gemeinsam mit Papuashvili betonte Arpa die ausgezeichneten parlamentarischen Beziehungen und den regen

Austausch der beiden Länder. Man wolle Georgien auf seinem Weg in die Europäische Union unterstützen, so Arpa und verwies auf die Stärkung der Demokratie, des Parlamentarismus und der Rechtsstaatlichkeit. Die Integration Georgiens in die Europäische Union sei eine strategisch wichtige Entscheidung, die noch viele gemeinsame nationale Anstrengungen erfordere.

Arpa zeigte sich überdies erfreut über die beabsichtigte Implementierung der Demokratiewerkstatt im georgischen Parlament und verwies auf die Aufgabe der nationalen Parlamente, junge Menschen in demokratische Prozesse einzubinden.

Darüber hinaus erörterte die Bundesratspräsidentin in den Gesprächen die aktuelle politische Gesamtsituation in der Region und die Auswirkungen des russischen



Angriffskrieges auf die Ukraine. Arpa betonte, dass Österreich an der Souveränität und territorialen Integrität von Georgien sowie der Stabilität der gesamten Region interessiert sei. Man werde gemeinsame Schritte setzen, um die Entwicklung Georgiens zu unterstützen und die freundschaftlichen Beziehungen weiterhin zu stärken.

Bundesratspräsidentin Claudia Arpa (5. v. li.) und Premierminister von Georgien Irakli Garibashvili (5. v. re.) im georgischen Parlament

Abschiedsrede: Bildung muss Priorität haben

In ihrer Abschiedsrede in der Länderkammer blickte die scheidende Präsidentin des Bundesrates auf ihren Vorsitz zurück. Dabei hob sie die Verantwortung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier hervor.

In ihrer Abschiedsrede in der Länderkammer blickte die scheidende Präsidentin des Bundesrates auf ihren Vorsitz zurück. Dabei hob sie die Verantwortung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier hervor.

Mit ihrem Schwerpunkt „Kindern Perspektiven geben“ habe sie einen Kontrapunkt zu den zahlreichen Krisen gesetzt, mit denen sich junge Menschen aktuell konfrontiert sehen, zeigte sich Arpa überzeugt.

Eine der politischen Prioritäten in der heutigen Zeit müsse auf der Bildung liegen, so die Bundesratspräsidentin. Um schon früh jeder Chancenungleichheit entgegenzuwirken, gelte es, das Bildungssystem weiter auszubauen und insbesondere in Kindergärten zu investieren. Arpa hob zudem die Arbeit des Parlaments in der Demokratiebildung hervor. Mit der

„Um schon früh jeder Chancenungleichheit entgegenzuwirken, gilt es, das Bildungssystem weiter auszubauen und insbesondere in Kindergärten zu investieren.“

Bundesratspräsidentin
Claudia Arpa

Demokratiewerkstatt, dem Demokratikum, dem Jugendparlament und den Führungen für Schülerinnen und Schüler werde viel getan, um Kindern und Jugendlichen Demokratie und ihre Grundsätze näherzubringen.

Auch der Armut und dadurch bedingten Ausgrenzung von jungen Generationen müsse man entgegentreten, so Arpa. Das Augenmerk von Vertreterinnen und Vertretern des Bundesrates als überzeugte



Demokratinnen und Demokraten sollte daher stets aus einem gesellschaftlich gebotenen Gleichgewicht von Chancen und einer gerechten Verteilung von Möglichkeiten liegen, sagte die Bundesratspräsidentin. Daher habe sie den Perspektiven junger Menschen eine umfassende Enquete gewidmet. Auch beim Tag des Bundesrates zum Thema Kinderrechte sei die Bekämpfung von Kinderarmut im Mittelpunkt gestanden.

Wenn es um Perspektiven für die Jugend gehe, sei auch die europäische Dimension von Bedeutung, wies die Bundesratspräsidentin auf die notwendige Zusammenarbeit in der EU hin. Herausforderungen wie der Klimaveränderung, der Transformation am Arbeitsmarkt, der gerechten

Verteilung von Ressourcen oder der Energie transformation werde man schließlich nur gemeinsam begegnen können. Es gelte deshalb, gemeinsam an dem „großen Haus der EU“ weiterzubauen.

Arpa hob den fast immer wertschätzenden Umgang unter den Bundesrätinnen und Bundesräten hervor, betonte aber auch die besondere Verantwortung, deren sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier bewusst sein müssten. „Begegnen wir uns mit Respekt und stehen wir gemeinsam für umfassende Demokratie und den Schutz unserer Rechtsstaatlichkeit ein!“, ersuchte sie ihre Kolleginnen und Kollegen. Abschließend wünschte Arpa ihrer Nachfolgerin Margit Göll alles Gute für ihren Vorsitz in der Länderkammer.

Niederösterreichische Präsidentschaft

1. Halbjahr 2024





Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet

In ihrer Antrittsrede zur niederösterreichischen Vorsitzübernahme in der Länderkammer betonte Bundesratspräsidentin Margit Göll die Wichtigkeit einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit im „Superwahljahr“ 2024 und darüber hinaus.

Ihren Vorsitz stellte Göll unter das Motto „Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet“. Die Präsidentschaft Niederösterreichs wolle die Perspektiven der europäischen Jugend aufgreifen, kündigte Göll zu Eingang ihrer Rede an. Die Optimierung und Zugänglichkeit der Bildungsangebote am Land sei ein Schlüssel für den Verbleib junger Menschen in den ländlichen Regionen. Eine Jugendkonferenz des Bundesrates mit Jugendlichen aus Österreich, der Slowakei und Tschechien werde sich am 28. Mai 2024 mit den Anliegen der jungen Bevölkerung in Grenzregionen befassen, sagte Göll.

Herausforderungen grenzüberschreitend bewältigen

Als wichtigen Aspekt ihrer Amtszeit nannte Göll den Austausch und die Kooperation von Grenzregionen. Der nächs-

te Bundesrat im Bundesland werde die Länderkammer nach Gmünd und nach Tschechien führen, um über grenzüberschreitende Projekte zu sprechen. Auch die Präsidiale des Bundesrates werde im Rahmen einer Tschechienreise die diplomatischen Kontakte vertiefen. Nur durch enge politische Zusammenarbeit über Grenzen hinweg könne es gelingen, prosperierende und stabile Regionen zu schaffen, zeigte sich Göll überzeugt.

Bundesrat verbindet Bundesländer mit Europa & ist Zukunftskammer

Eine wichtige Funktion des Bundesrates sei es, so Göll, „Scharnier der Bundesländer zu Europa“ zu sein und eine proaktive Rolle in den europäischen Diskussionen einzunehmen. Gemeinsam mit der niederösterreichischen Landeshauptfrau und Vorsitzenden der Landeshauptleute-

konferenz Johanna Mikl-Leitner werde sie sich für eine effektive Vertretung der Bundesländer einsetzen, damit ihre Stimmen in den politischen Entscheidungsprozessen gehört werden, versicherte Göll. Das „Superwahljahr“ 2024 biete dem Bundesrat eine besondere Gelegenheit, sich gemeinsam für das Wohl der Jugend, die Perspektiven der Frauen, die Stärkung der Grenzregionen und die Vertretung der Länderinteressen im Bund einzusetzen.

Politische Beteiligung von Frauen fördern

Ein weiteres zentrales Anliegen ihrer Amtszeit sei die Verbesserung der Situation von Frauen, betonte Göll. Als Bundesratspräsidentin und Bürgermeisterin wolle sie Frauen ermutigen, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilzu-

nehmen, sei es im Ehrenamt oder in der Politik. Am Weltfrauentag am 8. März 2024 werde sie Bürgermeisterinnen und Gemeindevorsteherinnen aus ganz Österreich zu einem Erfahrungsaustausch ins Parlament einladen, kündigte sie an.

Aufruf zu respektvollem Umgang miteinander im Wahljahr

Abschließend kam Göll nochmals auf die besondere demokratische Verantwortung angesichts der bevorstehenden Wahlen zu sprechen. Sie appellierte an alle Fraktionen und Parteien, sich für eine Politik des Respekts, der Zusammenarbeit und des Miteinanders einzusetzen. „Lassen Sie uns gemeinsam eine Atmosphäre schaffen, in der unsere politische Debatte von Idealen und Visionen anstatt von Spaltung und Konfrontation geprägt ist“, schloss Göll ihre Antrittsrede.



Antrittsrede

Bundesratspräsidentin Margit Göll

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher vor den Bildschirmen! Es ist mir eine besondere Freude und vor allem auch eine große Ehre, den heutigen Sitzungstag mit meiner Antrittsrede als Präsidentin des Bundesrates beginnen zu dürfen. Vorweg möchte ich mich bei den Mandatarinnen und Mandataren des Niederösterreichischen Landtages für die Wahl zur Erstgereichten der Bundesrät:innen und bei unserer Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner für ihr Vertrauen und für den Wahlvorschlag sehr herzlich bedanken.

Erstmals stehen nun zwei Frauen an der Spitze von Landeshauptleutekonferenz und Bundesrat. Aufrichtig danken darf ich auch meiner Vorgängerin als Bundesratspräsidentin, Claudia Arpa, für ihren engagierten Vorsitz in der Länderkammer. – Liebe Claudia, herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Im ersten Halbjahr 2024 werden unter der Präsidentschaft Niederösterreichs

die Perspektiven der europäischen Jugend wieder aufgegriffen. Mein Motto „Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet“ ist mir dabei ein zentrales Anliegen, dem ich besondere Aufmerksamkeit schenken werde – der Zukunft der Jugend in den ländlichen Regionen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um die Lebensqualität in den ländlichen Regionen zu stärken, zu steigern, um innovative Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu verbessern. Die Jugend ist nicht nur unsere Zukunft, sondern auch die treibende Kraft für positive Veränderungen in unseren Gemeinden und in unserer Gemeinschaft.

Ein Schlüssel für den Verbleib junger Menschen in den ländlichen Regionen ist die Optimierung der Bildungsangebote am Land. Aus- und Weiterbildung sollte jedem unabhängig von seinem Wohnort zugänglich sein. Ich habe mich bei meinem Antrittsbesuch bei Minister Martin Polaschek dafür eingesetzt, dass Bil-



dungseinrichtungen in ländlichen Gebieten gestärkt und innovative Lehransätze gefördert werden. Wir müssen sicherstellen, dass die Bildungslandschaft den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung gerecht wird.

Regionen an den Grenzen unseres Bundesgebietes stehen meist vor besonderen Herausforderungen. Landflucht, mangelndes Angebot an Arbeitsplätzen und schlechte Verkehrsverbindungen drohen, diese Regionen auszudünnen. Am 28. Mai wird sich deshalb eine Jugendkonferenz des Bundesrates – mit Jugendlichen aus Österreich, der Slowakei und Tschechien – mit den Anliegen der jungen Bevölke-

rung in den Grenzregionen befassen. Die Zusammenarbeit von Grenzregionen in Europa ist ein wichtiger Aspekt meiner Amtszeit.

In einer Zeit, in der die Welt immer stärker vernetzt ist, ist die Zusammenarbeit zwischen benachbarten Regionen von entscheidender Bedeutung. Gemeinsame Herausforderungen erfordern gemeinsame Lösungen, sei es im Umweltschutz, in der Wirtschaft oder auch bei der Sicherheit.

Als Bundesratspräsidentin werde ich mich dafür einsetzen, den Austausch und die Kooperation zwischen den Grenzregionen zu fördern. Der mittlerweile tradition-

nell gewordene Bundesrat im Bundesland wird uns daher nicht nur in meinen Heimatbezirk, nach Gmünd, führen, wo ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das grenzüberschreitende Gesundheitszentrum Healthacross MED Gmünd vorstellen werde, sondern wir werden auch über die Grenze nach Tschechien fahren und mit lokalen Vertreterinnen und Vertretern über weiteres Potenzial zur Optimierung grenzüberschreitender Projekte sprechen. Auch die Reise der Präsidiale des Bundesrates wird uns in verschiedene Orte nach Tschechien führen, um dort die diplomatischen Kontakte auszubauen und zu vertiefen.

Mit unseren Nachbarländern teilen wir nicht nur die geografischen Grenzen, sondern auch gemeinsame Interessen und Herausforderungen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglicht nicht nur den Austausch bewährter Praktiken, sondern fördert auch ein besseres Verständnis für die Herausforderungen, vor denen wir alle stehen. Politiker in den Nachbarstaaten können voneinander lernen, können voneinander profitieren und gemeinsame Lösungen für globale Probleme entwickeln. Nur durch enge Zusammenarbeit können wir eine prosperierende und stabile Region schaffen, von der wir alle profitieren. Ich lade Sie

daher dazu ein, diesen Weg der offenen Kommunikation und Zusammenarbeit zu unterstützen.

Indem wir Brücken zu unseren Nachbarstaaten stärken, tragen wir natürlich auch dazu bei, ein friedliches und gemeinsames Europa zu gestalten. Die Rolle des österreichischen Bundesrates als Scharnier der Bundesländer zu Europa ist daher von großer Bedeutung. Der österreichische Bundesrat muss eine proaktive Rolle in den europäischen Diskussionen einnehmen, um die Interessen unseres Landes zu wahren und an der Gestaltung einer starken und einigen Europäischen Union teilzunehmen – einer Union, die den Föderalismus respektiert und nicht den Zentralismus fördert; einer Union, die Subsidiarität lebt und nicht nur davon spricht; einer Union, die sich vermehrt ihren Kernaufgaben widmet und den Regionen jene Entscheidungen vor Ort überlässt, die dort kompetenter und menschengerechter gefällt werden können als in Brüssel.

Wir sind die Brücke zwischen den Regionen und der Zentralregierung. Es liegt daher in unserer Verantwortung, sicherzustellen, dass die Vielfalt und die Bedürfnisse der Bundesländer angemessen berücksichtigt werden. Gemeinsam mit

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz werde ich mich für eine effektive Vertretung der Bundesländer einsetzen, damit ihre Stimmen in den politischen Entscheidungsprozessen gehört werden.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu unserer Funktion als Zukunftskammer – neben unseren Rollen als Europakammer und

Vertreter der Bundesländer – sagen. Die Bedeutung des Bundesrates als Ideenbringer ist mir ein Anliegen, dem ich mich in besonderem Maße verpflichtet fühle. Der Bundesrat soll weiterhin einen Raum für den konstruktiven

Austausch von Ideen und Visionen für unsere Zukunft bieten. Das ist gerade in diesem Jahr – in einem Superwahljahr, in dem Europa-, Nationalrats- und Landtagswahlen stattfinden werden – so wichtig. Jetzt haben wir die Gelegenheit, unseren Ideen Gehör zu verschaffen, sie bei den Entscheidungsträgern zu depo-

nieren, dafür zu werben und dafür zu sorgen, dass sie auch umgesetzt werden.

Das wird uns aber umso besser gelingen, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Ich denke, wenn es zum Beispiel um das Wohl der Jugend, aber auch um die Perspektiven der Frauen, um die Stärkung unserer Grenzregionen und die Vertretung der Länderinteressen im Bund

geht, sollte uns das doch möglich sein. Die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der politischen Parteien in einem Jahr mit so vielen Wahlen kann nicht genug betont werden.

„Indem wir Brücken zu unseren Nachbarstaaten stärken, tragen wir natürlich auch dazu bei, ein friedliches und gemeinsames Europa zu gestalten. Die Rolle des österreichischen Bundesrates als Scharnier der Bundesländer zu Europa ist daher von großer Bedeutung.“

Bundesratspräsidentin Margit Göll

Die Demokratie lebt von der aktiven Teilnahme der Bürgerinnen

und Bürger, und Wahlen sind der Höhepunkt dieses demokratischen Prozesses. In einem Jahr mit Wahlen müssen wir als politische Akteure eine besondere Verantwortung übernehmen. Es ist entscheidend, dass politische Parteien trotz Wahlkampf in einem konstruktiven Dialog stehen und danach gemeinsam an Lösun-

gen für die Herausforderungen unserer Zeit arbeiten.

Als Bundesratspräsidentin werde ich mich für einen respektvollen und offenen Austausch in der Länderkammer einsetzen, der das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger über parteipolitische Grenzen hinweg vertritt.

Ein weiteres wichtiges und zentrales Anliegen meiner Amtszeit ist die Verbesserung der Situation von Frauen – nicht nur in den ländlichen Regionen. Ein Thema liegt mir dabei besonders am Herzen: die Motivation von Frauen, sich ehrenamtlich in der Politik zu engagieren. Als

Bundesratspräsidentin und Bürgermeisterin möchte ich Frauen ermutigen, ihre Stimme zu erheben, sich einzubringen und aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilzunehmen. Die Beteiligung von Frauen in Ehrenämtern und in der Politik ist von unschätzbarem Wert. Frauen bringen eine Vielfalt an Perspektiven, Erfahrungen und Ideen ein, die für eine gerechte und ausgewogene Gesellschaft entscheidend sind.

Wir brauchen die Stimmen der Frauen, um die Herausforderungen unserer Zeit umfassend anzugehen und nachhaltige Lösungen zu finden. In der Politik haben Frauen die Möglichkeit, direkten Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen und



politische Prozesse mitzustalten. Ihre Perspektiven sind für uns unverzichtbar, um eine ausgewogene und repräsentative Politik zu gewährleisten.

Ich möchte jede Frau ermutigen, ihre Fähigkeiten und Talente in den Dienst unserer Gesellschaft zu stellen – ganz egal, ob im Ehrenamt oder in der Politik. Ich lade deshalb am Internationalen Frauentag am 8. März Bürgermeisterinnen und Gemeindevertreterinnen aus ganz Österreich ins Parlament ein. Frauen werden darüber berichten, wie sie es an die Spitze ihrer Profession gebracht haben und vor welchen speziellen Herausforderungen sie dabei standen.

Ich komme zum Schluss. Wir stehen vor wichtigen Wahlen, vor einem Moment, der unsere demokratische Verantwortung unterstreicht. In dieser Zeit sollten wir bei unserem politischen Diskurs besonders achtsam umgehen. Ich bitte Sie inständig, während des Wahlkampfs den Respekt gegenüber Ihren politischen Mitbewerbern zu wahren. Politik sollte stets im Zeichen des Austauschs von Ideen stehen – nicht im Schatten persönlicher Angriffe. Lassen Sie uns den Wählern ein Vorbild sein, an dem sichtbar wird, wie ein respektvoller und konstruktiver Diskurs aussehen kann!

Es ist unabdingbar, dass wir uns nach den Wahlen weiterhin gemeinsam für das Wohl unseres Landes einsetzen. Die Zusammenarbeit über parteipolitische Grenzen hinweg ist keine Schwäche, sondern ein Zeichen von Stärke und Reife unserer Demokratie. In einer Zeit, in der die Herausforderungen komplexer denn je sind, müssen wir nach dem Verbindenden und nicht nach dem Trennenden suchen. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten, um die drängenden Probleme anzugehen – sei es der Klimawandel, die Migration, soziale Gerechtigkeit, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung. In einer Demokratie ist es von größter Bedeutung, dass wir nach den Wahlen die Hände wieder ausstrecken, anstatt uns in Grabenkämpfen zu verlieren.

Ich appelliere daher an alle Fraktionen und Parteien, sich für eine Politik des Respekts, der Zusammenarbeit und des Miteinanders einzusetzen. Lassen Sie uns gemeinsam eine Atmosphäre schaffen, in der unsere politische Debatte von Idealen und Visionen anstatt von Spaltung und Konfrontation geprägt ist! – Vielen Dank für eure, für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihr Engagement für unser gemeinsames Österreich. – Herzlichen Dank.

Rede von Landeshauptfrau Mikl-Leitner

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner hielt anlässlich der Vorsitzübernahme des Landes Niederösterreich im Bundesrat eine Ansprache. Das Motto ihrer Rede: „Aus Verantwortung für Österreich an einem Strang ziehen“.

Anlässlich der Vorsitzübernahme des Landes Niederösterreich im Bundesrat am 15. Februar 2024 nutzte die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner die Sitzung der Länderkammer, um eine Botschaft zur Zusammenarbeit über unterschiedlichste ideologische Standpunkte hinweg auszusenden. Ihr Motto laute: „Aus Verantwortung für Österreich an einem Strang ziehen“ und soll als Wegweiser für die politische Arbeit in den nächsten Monaten gelten. Als Schwerpunkte für den Vorsitz Niederösterreichs in der Landeshauptleutekonferenz habe sie sich die Themen leistbares Wohnen, weniger Gebote und Verbote in der EU sowie eine Stärkung des Europas der Regionen, eine ausreichende finanzielle Unterstützung der Gemeinden sowie die Förderung des Ehrenamts und des Freiwilligenwesens gewählt.

Unverzichtbares Instrument im demokratischen System

Gerade in Zeiten der Polarisierung braucht es Institutionen, die für Stabilität und Verlässlichkeit stehen, war die niederösterreichische Landeshauptfrau überzeugt. Der Bundesrat sei für sie ein unverzichtbares Instrument im demokratischen System, da er für die Anliegen der Menschen vor Ort einstehe und immer wieder die Zusammenarbeit über Landes- und Parteigrenzen hinweg einmahne.

Vier Schwerpunktthemen während des Vorsitzes

In der Zeit des Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz wolle sie sich auf vier Schwerpunktthemen konzentrieren, die für die Bürger:innen von besonderer Relevanz seien, führte Mikl-Leitner aus.

Im Mittelpunkt stehe dabei etwa die Frage des leistbaren Wohnens, denn „Normalverdiener müssen sich wieder Eigentum schaffen können“. Dazu lägen auch bereits einige konstruktive Vorschläge vor, die vom Entfall der Einhebung der Grunderwerbsteuer, der Refundierung von Zinsen für Privatkredite, der Abschaffung der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung bis hin zur Unterstützung von Sanierungen im Bereich der Wohnbau- genossenschaften reichen.



Ein weiteres wichtiges Anliegen von Mikl-Leitner war die ausreichende budgetäre Ausstattung der Kommunen. Auch wenn der Finanzausgleich mit einem Plus von 2,4 Milliarden Euro für die Länder und Gemeinden ein respektables Ergebnis gebracht habe, so müsse man davon ausgehen, dass es noch weitere Mittel brauche. Sie rechne diesbezüglich mit der Unterstützung durch den Bundesrat.

Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament wies Mikl-Leitner zudem auf die wichtige Rolle der EU hin. Es müsse allen ein Anliegen sein, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung, also auch im Sinne der Regionen, entwickle. Um weiterhin wettbewerbsfähig zu sein und um das Vertrauen der Bevölkerung in die EU zu stärken, setze sie sich insbesondere dafür ein, dass die Union in Zukunft „mehr performt und weniger vernormt“. Für wichtig erachtete sie auch die rasche Umsetzung des Migrations- und Asylpaktes sowie die Stärkung des Schutzes der Außengrenzen. Schließlich lag der Landeshauptfrau noch die Förderung des Ehrenamts und des Freiwilligenwesens am Herzen, die etwa auch im Bereich der Integration eine wichtige Rolle spielen würden.

Internationaler Frauentag im Parlament

Um die Bedeutung des Engagements von Frauen hervorzuheben, lud Bundesratspräsidentin Margit Göll am 8. März anlässlich des Internationalen Frauentags zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Frauen sind Mutmacherinnen“.

In ihren Eröffnungsworten betonte die Gastgeberin, dass es wichtig sei, Frauen für die Politik zu ermutigen, um Veränderungen mitzugesten. Frauenministerin Susanne Raab betonte die Bedeutung von Frauen in der Politik für die Demokratie. In ihrer anschließenden Keynote pochte die Journalistin und Female-Empowerment-Speakerin Sabine Kronberger darauf, dass es selbstverständlich sein müsse, dass Frauen in wichtige Positionen kommen und dass es dabei egal sein müsse, wie sie sich äußerlich geben und ob und wie viele Kinder sie haben.

Abschließend diskutierten Frauen aus unterschiedlichen beruflichen, ehrenamtlichen und politischen Bereichen über die nachhaltige Gestaltung der gemeinsamen Zukunft und über die demokratiestärkende Wirkung von Gleichstellung.

Bundesratspräsidentin Göll:
Frauen ermutigen, Veränderungen mitzugesten

Die Beteiligung von Frauen am politischen Entscheidungsprozess liege ihr als Präsidentin des Bundesrates und als Bürgermeisterin besonders am Herzen, betonte Margit Göll in ihren Eröffnungsworten. Politische Entscheidungen würden direkte Auswirkungen auf die Zukunft unserer Gesellschaft haben und deswegen sei es wichtig, dass Frauen aktiv dabei mitwirken. Sie möchte daher alle Frauen ermutigen, sich zu engagieren und mitzugesten, betonte Göll.

Frauen seien für sie Mutmacherinnen. Sie seien diejenigen, die Stärke und Durchhaltevermögen zeigen. Und sie seien diejenigen, die andere ermutigen, ihre Ziele zu verfolgen, Hindernisse zu überwinden

und ihr volles Potenzial auszuschöpfen. In einer Welt, die oft von Unsicherheit und Angst geprägt ist, seien diese Mutmacherrinnen unverzichtbar. Sie würden daran erinnern, dass gemeinsam große Veränderungen bewirkt werden können.

Frauenministerin Raab: Frauen in Politik sind Garant für Demokratie

Die Repräsentation von Frauen in der Politik sei ein Garant für die Demokratie, erklärte Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien Susanne Raab in ihrer Rede. Demokratische Entscheidungen müssten Frauen – und damit mehr als die Hälfte der Gesellschaft – abbilden. Es habe zwar Fortschritte beim Frauenanteil in der Politik gegeben, es bestehe aber weiter Handlungsbedarf, diesen zu erhöhen. So seien beispielsweise gerade einmal 10,5 Prozent der Bürgermeister:innen weiblich. Gründe für den geringen Frauenanteil seien oft Themen wie die Absicherung bei Karez oder ein wenig familienfreundliches Umfeld. Ein besonderer Hemmfaktor – gerade für junge Frauen – sei es zudem, dass der Schritt an die Öffentlichkeit oft Hetze und Hass zur Folge habe. Frauen würden, wenn sie in der Öffentlichkeit stehen, zu wenig an ihren Leistungen, sondern allzu oft an Dingen wie ihrem Auftreten oder

Aussehen gemessen. Dies müsse sich ändern, forderte die Frauenministerin. Man müsse Frauen, die sich für die Politik interessieren, Ängste nehmen und in ihnen das Feuer für die Politik entfachen. Dazu seien Vorbilder und Projekte zur Nachwuchsförderung wichtig.

Kronberger: Es muss selbstverständlich sein, dass Frauen in wichtigen Positionen sind

Ihr Leitsatz sei, dass sie sich mit allen Frauen verbunden fühle, die sich dafür einsetzen, dass ihr Leben gut ist, erklärte Sabine Kronberger, Journalistin und Chefredakteurin von „Welt der Frauen“ sowie Female-Empowerment-Speakerin. Oft würden Frauen in der Öffentlichkeit aber als „schwierig“ wahrgenommen, kritisierte sie. Diese „schwierigen Frauen“ würden sich auch in Momenten des Widerstands trauen, mutig ihren Weg zu gehen, auch wenn dies negative Urteile zur Folge hat. Solche Vorbilder mussten eine dickere Haut haben, um dorthin zu gelangen, wo sie heute sind. Es gelte, die Bilder zu verändern, die Frauen in der Öffentlichkeit angeheftet werden, forderte Kronberger. Ebenso dürfe es nicht toleriert werden, dass Politikerinnen, egal welcher Partei oder Herkunft, verfolgt oder mit Hass konfrontiert würden. Es sei wichtig, auf-

zustehen und aufzuzeigen, dass Frauen so nicht behandelt werden dürfen und dass es selbstverständlich ist, wenn Frauen in wichtigen Rollen sind. Ebenso müsste es genau wie bei Männern einerlei sein, ob eine Frau keine oder fünf Kinder hat.

Podiumsgespräch: Mutig. Engagiert. Nachhaltig.

In einem Podiumsgespräch befragte Moderatorin und Journalistin Corinna Milborn engagierte und erfolgreiche Frauen, wie Gleichbehandlung in ihrem Bereich gelebt wird. So erläuterte die Kommandantin der Freiwilligen Feuerwehr Trieben Werk, Monika Haberl, dass es bei den Feuerwehren besonders im Führungsbereich zwar wenige Frauen gebe, dass sich dies aber sukzessive besonders bei der Jugend ändere. Sie sei dabei gerne ein Vorbild. Für sie sei der hohe Männeranteil kein Problem gewesen. Sie sehe sich als Person, die mit anderen Personen dieselben Interessen und Überzeugungen teile.

Es stehe bei der Polizei der Teamgedanke an oberster Stelle und da zähle der Mensch und nicht das Geschlecht, betonte Lana Ganselmayer, Referatsleiterin für Neuaufnahmen und Recruiting im Innenministerium. Insgesamt steige der

Frauenanteil bei der Polizei. So seien beispielsweise bereits 38 Prozent der Polizeischüler:innen weiblich.

Der Frauenanteil in ihrem Verein liege bei 65 Prozent, berichtete Ines Kainz, Obfrau des Musikvereins Vitis. Aufgrund diesen hohen Anteils war es bei ihrem Aufstieg auch nicht Thema, dass sie eine Frau sei. Vielmehr sei die Qualität der Arbeit und der Ergebnisse wichtig.

Im Bundesheer-Leistungssport gebe es keine Unterscheidung nach Geschlecht, sondern die Leistung stehe im Mittelpunkt, erläuterte die Karateleistungssportlerin Bettina Plank. Beim Sport insgesamt gebe es aber sehr wohl Unterschiede, etwa bei der Bezahlung. Hier sei es wichtig, dies aufzuzeigen. Gerade in Männerdomänen sei es von Bedeutung, dass es weibliche Vorbilder gebe.

Podiumsgespräch: Gemeinsam für eine engagierte Gesellschaft

In einer zweiten Runde standen Politikerinnen der Gemeinde-, Landes- und Bundespolitik Rede und Antwort zum Thema Frauen in der Politik. Um mehr Frauen für die Politik zu motivieren, gelte es, Interessierte etwa mit Veranstaltungen zu informieren, meinte die Bürgermeiste-



rin von Vitis Anette Töpfl. Ebenso sei es wichtig, einerseits selbst Vorbild zu sein und andererseits Vorbilder zu zeigen.

Jede Frau könne Politikerin sein, sie müsse es nur wollen, zeigte sich Kerstin Suchan-Mayr, niederösterreichische SPÖ-Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin von St. Valentin, überzeugt. Es gelte daher, Frauen anzusprechen und zu motivieren.

Politik sollte nicht nur für die Jugend und für Frauen, sondern durch die Jugend und durch Frauen gemacht werden, forderte die grüne Nationalratsabgeordnete und Vizebürgermeisterin von St. Andrä-Wördern Ulrike Fischer. Dass die Welt zu einer besseren werde sei nur gemeinsam, unter breiter Einbindung aller gesellschaftlichen Bereiche, möglich.

Teilnehmerinnen der Veranstaltung: (1. Reihe v. li.) Referatsleiterin im BMI für Neuaufnahmen und Recruiting Lana Ganselmayer, Kommandantin der Freiwilligen Feuerwehr Trieben Werk und Kommandantin des Katastrophenhilfsdienstes des Bereichsfeuerwehrverbandes Liezen Monika Haberl, Bundesratspräsidentin Margit Göll, Obfrau des Musikvereins Vitis Ines Kainz, Olympiateilnehmerin und Karatesportlerin Bettina Plank; (2. Reihe v. li.) Chefredakteurin von „Welt der Frauen“ Sabine Kronberger, Nationalratsabgeordnete Ulrike Fischer, Moderatorin Corinna Milborn, Abgeordnete zum Landtag von Niederösterreich und Bürgermeisterin der Stadtgemeinde St. Valentin Kerstin Suchan-Mayr, Bürgermeisterin der Marktgemeinde Vitis Anette Töpfl

Gedenkveranstaltung im Parlament

Anlässlich des 79. Jahrestags der Befreiung des KZ Mauthausen hielten Nationalrat und Bundesrat ihre jährliche gemeinsame Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ab.

Schwerpunkt der Veranstaltung im Saal der Bundesversammlung unter dem Motto „Die Vielfalt des Gedenkens“ ist der Titel des Films, der bei der Veranstaltung gezeigt wurde, waren die Herausforderungen für das Gedenken in einer Zeit, in der keine unmittelbaren Zeitzeugen

mehr zur Verfügung stehen. Für die Vermittlungsarbeit an Orten der Erinnerung, wie der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, ergeben sich damit neue Herausforderungen, wie die Direktorin der Gedenkstätte, Barbara Glück, in einem Gespräch deutlich machte.



Die Redebeiträge der Veranstaltung standen unter dem Zeichen der Erinnerung an den terroristischen Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.

Göll: Gedenken muss 2024 „ein lautes sein“

Bundesratspräsidentin Margit Göll kritisierte den „Anstieg an antisemitischen Vorfällen“ bei antiisraelischen Demonstrationen. Sie hob in ihrer Rede die Bedeutung des öffentlichen Gedenkens hervor. Die Namen und Geschichten der Opfer des Nationalsozialismus dürften niemals in Vergessenheit geraten und seien Mahnung und Verpflichtung zugleich, betonte sie. Es brauche eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Geschichte und ein aktives Engagement für Werte wie Toleranz, Mitgefühl und Menschlichkeit. Mit Veranstaltungen wie diesem Gedenktag zeige man Solidarität und setze ein starkes Zeichen gegen Gewalt und Rassismus. Aber auch stilles Gedenken hat Göll zufolge seinen Wert, da es individuelle Reflexion und persönliche Verarbeitung ermögliche.

Scharfe Kritik übte die Bundesratspräsidentin an Demonstrationen, bei denen „ein Palästina frei von Juden“ gefordert wird, und an antisemitischen Aktionen an Universitäten. Gerade unter jenen, „von

denen wir erwarten, die Zukunft unserer Gesellschaft zu gestalten“, würden sich viele „in argloser Naivität, ahnungsloser Dummheit und verabscheuungswürdigem Antisemitismus üben“, sagte sie. Das Gedenken des Jahres 2024 müsse nicht zuletzt aus diesem Grund „ein lautes sein“.

Die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel wies darauf hin, dass eine „Israelisierung des Antisemitismus“ wahrzunehmen sei. In der Verschmelzung von Judenhass und Israelhass werden laut der Forscherin alte antisemitische Stereotypen unter dem Deckmantel der Israelkritik wieder aktiviert.

Glück: Gedenken muss eine Herzensangelegenheit sein

Hinter jedem einzelnen der Opfer des KZ-Systems stehe eine individuelle Lebensgeschichte, sagte Barbara Glück, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen im Gespräch mit der Journalistin Rebekka Salzer. Die Vielfalt der Opfer des NS-Regimes komme auch in der Vielfalt der Formen des Gedenkens an sie zum Ausdruck und zeige sich auch bei den Besucher:innen der Gedenkstätte.

Das Wiedererstarken des Antisemitismus in letzter Zeit stelle auch für die Gedenk-



stätte und ihre Vermittlungsarbeit eine besondere Herausforderung dar. Vor allem die Frage, mit denen die Gedenkstätte Besucher:innen immer konfrontiere: „Was hat das mit mir zu tun?“, erhalte dadurch eine besondere Aktualität. Von den über 300.000 Besucher:innen der Gedenkstätte jedes Jahr seien mehr als 50.000 junge Menschen. Für sie sei eine gute Vor- und Nachbereitung des Besuchs besonders wichtig. Die Verbindungen zum Schulsystem seien immer enger geworden. Wichtig sei, dass die Vermittlungs- und Bildungsarbeit nur in der Zusammenarbeit vieler Menschen und Organisationen gelingen könne.

Immer stehe bei der Vermittlungsarbeit die zentrale Frage im Raum, was Gedenken überhaupt sei. Das sei eine umfassende Frage. Für sie stehe aber fest: damit Gedenken gelingen könne, müsse es, wie der Präsident des Internationalen Mauthausen-Komitees Guy Dockendorf stets betone, „eine Herzensangelegenheit“ sein.

Den vielen Opfergruppen eine Stimme geben

Auch der Kurzfilm „Die Vielfalt des Gedenkens“ des Mauthausen-Komitees, der im Rahmen der Veranstaltung im Bundesversammlungssaal gezeigt wurde, thematisierte die vielfältigen Formen des

Gedenkens. Zu Wort kamen Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, die für verschiedene Opfergruppen sprachen, die Opfer des KZ-Systems Mauthausen und Gusen und der „Euthanasie“ im Schloss Hartheim wurden. Sie erörterten die Frage, wie der unterschiedlichen Opfergruppen adäquat gedacht werden kann und wie die Vermittlungsarbeit, insbesondere für junge Menschen, gelingen kann.

Angesichts der Tatsache, dass immer weniger unmittelbare Zeitzeug:innen unter uns sind, wird die Frage immer dringlicher, in welcher Form einer neuen Generation das Ausmaß der NS-Verbrechen überhaupt vermittelt werden kann. Vor diesem Hintergrund gewinnen Orte wie die KZ-Gedenkstätten Mauthausen und Gusen weiter an Bedeutung. Eine wichtige Rolle bei der Vermittlung der Erinnerung haben spezifische Objekte und Orte, aber auch Denkmäler, Rituale und künstlerische Interventionen.

Schwarz-Friesel: Judenhass und Israelhass bilden Symbiose

Mit dem von der Hamas verübten Massaker an Juden in Israel am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden Reaktionen setzte sich die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel, Professorin an

der Technischen Universität Berlin, in ihrem Vortrag auseinander. Sie konstatierte dabei eine zunehmende „Israelisierung des Antisemitismus“. Der 7. Oktober habe die Quintessenz von Judenhass gezeigt, den unbedingten Willen, die jüdische Existenz auszulöschen, hob sie hervor. Mehr als 1.200 Menschen jeden Alters seien von den Hamas-Mörtern – „mit Jubelgeschrei“ – gefoltert, verstümmelt und verbrannt worden.

Aber nicht nur das Massaker selbst, sondern auch das, was darauf folgte, ist für Schwarz-Friesel „monströs“. Die Reaktionen hätten drastisch vor Augen geführt, „dass Teile der Menschheit tatsächlich nichts aus der Geschichte gelernt haben“. Statt eines internationalen Aufschreis habe es zum Teil „ohrenbetäubendes Schweigen“ gegeben. Feministinnen hätten zu den Massenvergewaltigungen ebenso geschwiegen wie „die progressiven Akademien und Kunstszenen“ zur grausamen Ermordung junger Menschen. „Verstand, Anstand und Mitgefühl wurden zugunsten ideologischer Verblendung, zu gunsten eines antiisraelischen Narrativs aufgegeben“, so Schwarz-Friesel. Trotz aller Beteuerungen „des floskelhaften Nie-wieder“, seien die jüdischen Gemeinden einsam geblieben.

Ausstellung

„Bilder des Waldviertels“

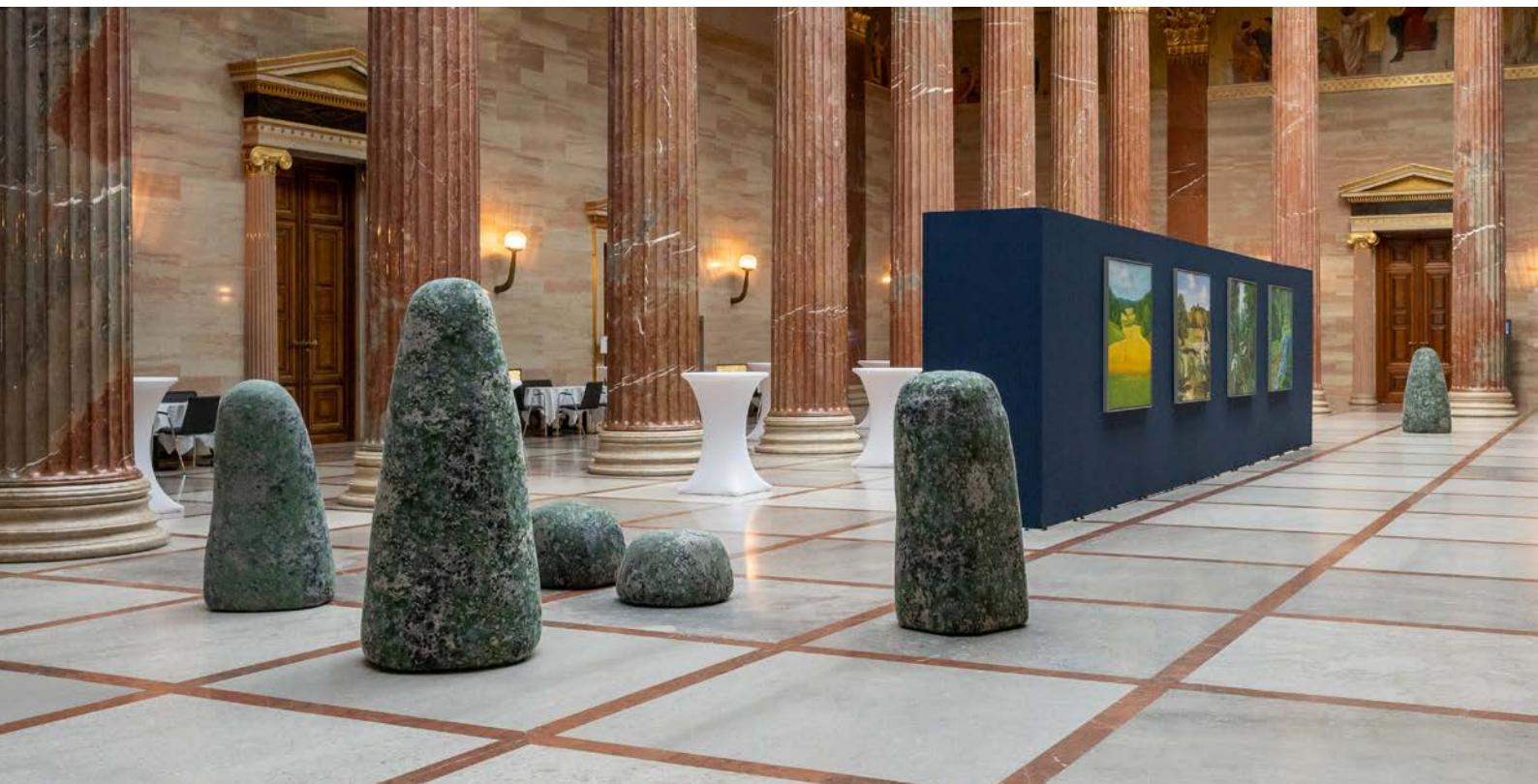
Am 27. Mai feierte die Ausstellung „Bilder des Waldviertels“ in der Säulenhalle des Parlaments Eröffnung. Präsentiert wurden Werke des österreichisch-griechischen Universalkünstlers Makis Warlamis.

Im Mai 2024 brachte Bundesratspräsidentin Margit Göll ein Stück Waldviertel in die Säulenhalle des Hohen Hauses. Mehrere Wochen lang wurden Werke des österreichisch-griechischen Universal-Künstlers Makis Warlamis gezeigt. Warlamis (1942–2016) war Architekt, Maler, Designer, Dichter, Schriftsteller, Pädagoge und Museumsgründer. Er zog vor rund 40 Jahren in das Waldviertel und beschäftigte sich als Künstler mit den Besonderheiten der Region, immer auf der Suche nach ihrer Botschaft, die er als „natürlich, überraschend, manchmal rätselhaft“ empfand. Er spürte die archetypischen Inhalte des Waldviertels auf – die sanft hügelige Landschaft, den Wald, die Steine. Sie inspirierten den Künstler zu vielen Werken und Projekten und zu Ideen, mit denen er die Region auch in die Welt transportierte,

wie etwa die „Waldviertler Steine“. Einige dieser textilen Steinobjekte und eine kleine Auswahl seiner „Bilder des Waldviertels“ wurden im Rahmen der Ausstellung präsentiert.

Waldviertler Klänge bei der Eröffnung

Die Eröffnung der Schau fand am 27. Mai 2024 statt. Nach der Begrüßung durch Bundesratspräsidentin Margit Göll und Grußworten der Künstlerin Heide Warlamis sprach Bernhard Antoni-Bubestinger, Kurator der Ausstellung und künstlerischer Leiter des Kunstmuseums Waldviertel zu den Werken der Künstler:innen Makis und Heide Warlamis. Die musikalische Untermalung steuerten die Waldviertler Nachwuchsmusiker Pia und Ingo



(oben) Ansprache des Künstlerischen Leiters des Kunstmuseums Waldviertel Bernhard Antoni-Bubestinger bei der Eröffnung der Ausstellung

(unten) Die Ausstellung „Bilder des Waldviertels“ in der Säulenhalle im Parlament

Demokratiebildung von Kindesbeinen an

Am 8. Mai 2024 besuchte Margit Göll im Rahmen der Demokratiebildung zwei Kindergärten und tauschte sich mit den Kindern auf spielerische Art über Mitbestimmung und Demokratie aus.

Anfang 2024 weitete das Parlament sein Angebot im Bereich Demokratiebildung auch auf die Elementarpädagogik aus. Kinder lernen in einem Workshop, was Demokratie ist und warum sie wichtig ist. Dabei werden Geschichten erzählt, Lieder gesungen und es gibt Abstimmungen. Das Konzept zur Demokratievermittlung und -bildung im elementarpädagogischen Bereich beruht auf der Entwicklung einer illustrierten Geschichte rund um unse- re drei Helden:innen Polli, Hans und Theo, in die die Grundzüge und wichtigsten Merkmale von Demokratie und demokratischen Prozessen eingearbeitet werden. Zum Beispiel tanzen die Kinder in dem Workshop zu Liedern wie „Was ist die Demokratie und warum braucht man sie?“.

Zu Gast in Schrems und Großschönau

Bundesratspräsidentin Margit Göll war dafür erstmals mit dem Projekt „Polli, Hans und Theo – Demokratie von Kindesbeinen an“ in den Kindergärten Schrems und Großschönau zu Gast. Kinder, Pädagog:innen und Ehrengäste waren begeistert, auch für die gelernte Elementarpädagogin Margit Göll war dieser Besuch ein besonders schönes Erlebnis. „Demokratie ist ein Prinzip, das von Kindesbeinen an erlernt werden kann – spielerisch, niederschwellig und inklusiv“, zeigte sich Göll überzeugt.



Kindergartenkinder beim Workshop

Bundesratskonferenz

„Jugend ohne Grenzen“

Auf Initiative von Bundesratspräsidentin Margit Göll fand am 28. Mai 2024 im Parlament eine Konferenz statt, bei der sich Jugendliche aus Österreich, der Slowakei und Tschechien mit Politikerinnen und Politikern aus den drei Ländern über Europafragen austauschten.

Jugendliche in den Grenzregionen Europas stehen vor einzigartigen Herausforderungen und Chancen. Ihre Stimmen, Ideen und Initiativen sind von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung einer dynamischen Gemeinschaft, die von kultureller Vielfalt und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

Ihre Zukunft hängt aber auch von der Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit ab. Die Stärkung der Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und die Förderung des kulturellen Austauschs können dazu beitragen, Brücken zu bauen, um es jungen Menschen in Grenzregionen zu ermöglichen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

Auf Einladung der Bundesratspräsidentin diskutierten Jugendliche aus Österreich, der Slowakei und Tschechien im Rahmen

der Konferenz „Jugend ohne Grenzen“ über ihre Zukunft in einem Europa ohne Grenzen.

Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU, begrüßte die Teilnehmer:innen, im Anschluss hielt Beate Großegger, wissenschaftliche Leiterin des Instituts für



Jugendkulturforschung einen Vortrag.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern

Danach diskutieren am Podium Margit Göll, Präsidentin des Bundesrates, Jan Grolich, Kreishauptmann des Südmährischen Kreises, Jozef Viskupič, Vorsitzender der Selbstverwaltungsregion Trnava, und Martin Eichtinger, Sonderbeauftragter und Koordinator für Nachbarschaftspolitik und die außenpolitische Dimension des Donauraums im Außenministerium.

Die Zukunft der jungen Menschen hänge von der Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit ab, war Göll überzeugt.

Vor allem die Stärkung der Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Förderung des kulturellen Austauschs könnten dazu beitragen, Brücken zu bauen und es jungen Menschen in Grenzregionen zu ermöglichen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Bundesministerin Edtstadler appellierte an die Jugendlichen, sich aktiv an der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft in Europa zu beteiligen und an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen.

Zukunftsunsicherheit gewachsen

Die wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung Großegger sprach in einer Keynote darüber, wie



junge Menschen das geeinte Europa erleben und was sie sich von der Europapolitik erhoffen. Angesichts der Klimakrise, der Migration, des Ukrainekriegs und des Nahostkonflikts sei die Zukunftsunsicherheit bei den jungen Europäer:innen noch gewachsen, konstatierte Großegger. Ganz oben auf der Wunschliste Jugendlicher an die Europapolitik stünden die Armutsbekämpfung, Maßnahmen gegen die Klimakrise, die Bekämpfung von Terrorismus sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Generell würde aber die Gruppe der 30- bis 65-Jährigen kritischer auf die EU blicken als die Jugendlichen.

Podiumsdiskussionen über Erwartungen an Europa

Über die Erwartungen der Jugend an die europäische Politik diskutierte Kraft in der zweiten Podiumsdiskussion mit Šimon Gajdos, Schüler der Deutschen Schule Bratislava, Ondřej Novák, Schüler am Ludvík-Daněk-Sportgymnasium in Brno, sowie Michael Stadlmann, Europäischer Jugenddelegierter und Mitglied der österreichischen Bundesjugendvertretung.

Die Stimmung unter den Jugendlichen zeige, dass die Politik verstärkt den Dialog mit der Jugend suchen müsse, mein-

te Bundesratspräsidentin Göll. Junge Leute wüssten zwar im Allgemeinen gut über die Vorteile der EU Bescheid, wie offene Grenzen und Mobilität, sie seien aber auch mit neuen Unsicherheiten und Problemen konfrontiert. Wichtig sei daher, ihre Anliegen zu hören und ernst zu nehmen. Immer wieder erlebe sie, dass die Nennung anschaulicher Beispiele den Jugendlichen vermittele, was die EU für ihr persönliches Leben bringe. EU-Programme bieten laut Göll der Politik viele Möglichkeiten, die Grenzregionen grenzüberschreitend und gemeinsam zu entwickeln.

Vorteile der EU authentisch an Jugendliche vermitteln

Gajdos berichtete, dass er persönlich die vielfältigen Möglichkeiten nutze, sich über die EU zu informieren. Er habe aber den Eindruck, dass das Interesse der Jugendlichen an Politik insgesamt geringer werde. Ein eigenes Fach politische Bildung an den Schulen wäre daher wünschenswert. Angesichts einer Fülle von Informationen, die heute zur Verfügung stehe, müssten Kinder und Jugendliche unterstützt werden, sich darin zurechtzufinden. Novák sieht die sozialen Medien als gute Informationsquellen für Themen, die über die eigene Region hinausgehen. Es sei aber wichtig, diese Informationen

aktiv zu suchen und auch kritisch zu vergleichen, um Fake News erkennen zu können. In der anschließenden Debatte wurden vom jugendlichen Publikum unter anderem Themen wie Erasmus plus, aber auch die Auswirkungen des Brexits aufgegriffen.

Meinungsaustausch über Europa

Der zweite Teil der Bundesratskonferenz war dem Austausch von Meinungen, Ideen und Initiativen der Jugend zu Europa gewidmet. Neben Politiker:innen kamen hier auch Jugendliche der drei Nachbarländer zu Wort. In Form einer Zeitung mit dem Titel „Wir alle sind Europa“ präsentierten Schüler:innen des Schulvereins Komenský ihre Gedanken zur EU

aus einem Workshop der Demokratiewerkstatt des Parlaments. Unter anderem das Motto der EU „In Vielfalt geeint“ inspirierte einen Beitrag der Schüler:innen.

Bundesratspräsidentin Göll hielt in ihren abschließenden Worten fest, dass junge Menschen miteinbezogen und gefragt werden wollen. Daran gelte es, weiter zu arbeiten. Sie nehme jedenfalls viele Themen aus der Konferenz mit. Sie appellierte abschließend an die Jugendlichen, für ihre Rechte zu kämpfen.

Ansprache im Tiroler Landtag

Bundesratspräsidentin Margit Göll | 3. Juni 2024

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Mitglieder des Tiroler
Landtages,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit,
heute hier vor Ihnen sprechen zu dürfen.
Nicht alle Bundesländer geben einer am-
tierenden Bundesratspräsidentin diese
Möglichkeit, weshalb ich das ganz beson-
ders wertschätze.

Die Amtszeit einer Präsidentin der
Länderkammer ist eine sehr kurze. In
sechs Monaten können gerade ein paar
Schwerpunkte gesetzt werden, für die
man Aufmerksamkeit in der Zukunft er-
langen will. Das gelingt zumeist sehr gut,
gerade etwa in der Präsidentschaft Tirols
2017, wo du, geschätzte Frau Präsiden-
tin, in einer Enquête unter dem Titel „Die
Zukunft der Pflege“ den gemeinsamen
Schulterschluss gefordert hast.

Du hast für Tirol schon vor 7 Jahren auf
eine der größten Herausforderungen
aufmerksam gemacht, vor denen wir in
Österreich derzeit stehen.

Dem Bundesrat gelingt es als Zukunfts-
kammer immer wieder, Themenführer-
schaft zu übernehmen und auf Entwick-
lungen hinzuweisen, die für die Zukunft
unserer Gesellschaft eminent wichtig
sind, etwa die Sicherung der Zukunft des
ländlichen Raumes, die Zukunft der Ju-
gend oder die Gefahr von Hasspostings,
Fake News und Social Bots, worüber die
Länderkammer schon 2016 diskutiert hat.

Nicht immer wird das von der Öffentli-
chkeit in jenem Ausmaß wahrgenommen,
wie es verdient wäre. Dennoch legen wir
hier regelmäßig Grundsteine, auf denen
die Tagespolitik später verlässlich auf-
bauen kann.

In diesem Halbjahr ist es mein Anliegen,
die Zusammenarbeit der Menschen über
die staatlichen Grenzen hinaus zu för-
dern und insbesondere das Interesse auf
die Herausforderungen und Chancen der
Jugend in den Grenzregionen zu legen.

Die Bedeutung dieser Regionen erstreckt
sich über die geografischen Grenzen hin-
aus. Sie sind Brücken zwischen Nationen

und Kulturen, die es uns ermöglichen, gemeinsame Herausforderungen anzugehen und Chancen zu nutzen.

Die Perspektiven für die Menschen auf beiden Seiten der Grenze sind eng miteinander verbunden, und es liegt in unserer Verantwortung, sicherzustellen, dass sie von den Möglichkeiten profitieren, die sich bieten. Dazu lade ich am 28. Mai Jugendliche und Behördenvertreter aus Österreich, Tschechien und der Slowakei zur Konferenz „Jugend ohne Grenzen“ ins Parlament ein. Ich lade auch Sie alle herzlich dazu ein, daran teilzunehmen, sei es vor Ort in Wien oder per Livestream des Parlaments.

Ich selbst komme aus einer Grenzregion in Niederösterreich, wo ich seit 2020 Bürgermeisterin von Moorbad Harbach bin, einer Gemeinde mit ca. 700 Einwohnern im Bezirk Gmünd, nahe an der Grenze zu Tschechien. Ich kenne also die Situation eines Grenzlandes sehr gut, und gerade vor den Europawahlen halte ich es für wichtig, unseren Grenzregionen – und eine solche Region ist ja auch Tirol – besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Präsidentschaft ist die Stärkung des Miteinanders, vor allem in der Politik. In

einer Zeit, da wir uns unmittelbar vor wichtigen Wahlen befinden, ist das ein zentrales Anliegen, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch hier darüber zu sprechen, wie wir als Politiker in den nächsten Monaten miteinander umgehen werden.

Darüber, wie wir nach den Wahlen auf kollegialer Ebene, unter Beachtung der Vorbildfunktion, die uns Politikern zugeschrieben wird, persönliche Befindlichkeiten hintanstellen und die Interessen derer, die wir vertreten, in den Vordergrund stellen. Darüber, wie wir Demokratie ehrlich leben, anstatt sie als Vorwand dafür zu nehmen, Meinungen und Überzeugungen politischer Mitbewerber medial herunterzumachen, weil sie nicht in unser Denkschema passen.

In den turbulenten Zeiten, in denen wir uns befinden, möchte ich einige wichtige Grundsätze betonen, die für das Funktionieren unserer Demokratie von entscheidender Bedeutung sind. Ein zentraler Aspekt ist die Bedeutung einer gemäßigten Sprache und eines respektvollen Umgangs miteinander.

Als Amtsträger und Politiker tragen wir eine große Verantwortung dafür, dass unsere Worte und Handlungen die Werte

unserer Gesellschaft widerspiegeln.

Wir müssen uns bewusst sein, dass unsere Äußerungen und unser Verhalten nicht nur unsere politischen Gegner, sondern auch die Menschen in unserem Land beeinflussen. Eine gemäßigte Sprache fördert den konstruktiven Dialog und trägt dazu bei, Spannungen abzubauen und Lösungen zu finden, die dem Wohl aller dienen. Trotz politischer Differenzen sollten wir respektvoll miteinander umgehen und uns davor hüten, Andersdenkende herabzusetzen oder bloßzustellen. Der politische Diskurs lebt von unseren unterschiedlichen Meinungen und Perspektiven, aber wir dürfen niemals vergessen, dass wir alle Teil derselben demokratischen Gemeinschaft sind.

Besonders in der heutigen Zeit, in der Social Media eine große Rolle in unserem öffentlichen Leben spielen, müssen wir besonders wachsam sein. Plattformen wie Facebook, Instagram, Tiktok, Twitter und Co bieten zwar eine wertvolle Möglichkeit zur Kommunikation und Information, aber sie sorgen auch dafür, dass Teile der Bevölkerung gegeneinander aufgehetzt werden. Als Amtsträger und Politiker tragen wir eine besondere Verantwortung dafür, dass wir uns in den sozialen Medien mit Respekt und Anstand verhalten

und uns bewusst sind, welche Auswirkungen unsere Äußerungen haben können.

Unsere Worte und Handlungen betreffen nicht nur uns selbst, sondern auch die Menschen um uns herum. Wir haben eine Vorbildfunktion und dieser müssen wir gerecht werden, indem wir uns für einen respektvollen und konstruktiven politischen Diskurs einsetzen.

Ich appelliere an Sie alle, sich dieser Verantwortung bewusst zu sein und sich für einen respektvollen Umgang miteinander einzusetzen. Nur so können wir gemeinsam dazu beitragen, dass unsere Demokratie stark und lebendig bleibt und unsere Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Sprache gemäßigt bleibt und wir konstruktiv diskutieren.

Ein weiterer zentraler Aspekt des Zusammenhalts unserer Gesellschaft und unserer Demokratie ist der Föderalismus. Als Bundesratspräsidentin bin ich zutiefst davon überzeugt, dass der Föderalismus eine tragende Säule unserer Demokratie darstellt. Er verleiht den Bundesländern eine Stimme und ermöglicht es, die Bedürfnisse und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auf lokaler Ebene angemessen zu vertreten.



TIROLER
LANDTAG



Durch den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und den Parteien können wir sicherstellen, dass unterschiedliche Perspektiven und Interessen gehört und berücksichtigt werden. Der Föderalismus ist das Rückgrat unserer demokratischen Struktur.

In einer Zeit, in der die politische Landschaft von Spannungen und Unsicherheiten geprägt ist, bietet der föderale Ansatz eine wichtige Stabilität und ermöglicht es uns, Entscheidungen auf lokaler Ebene zu treffen, die dem Willen unserer Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Der Föderalismus ist ein Instrument der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Respekts. Er erlaubt es uns, unsere Vielfalt zu leben und gleichzeitig gemeinsame Ziele zu verfolgen. Gerade jetzt, da wir vor so wichtigen Entscheidungen stehen, sollten wir uns daran erinnern, dass der Föderalismus eine unserer größten Stärken ist und uns dabei helfen kann, die Herausforderungen der Zukunft in Europa erfolgreich zu bewältigen.

Der österreichische Bundesrat muss eine proaktive Rolle in den europäischen Diskussionen einnehmen, um die Interessen unseres Landes zu wahren und an der Gestaltung einer starken Europäischen Union teilzunehmen, einer Union, die

den Föderalismus respektiert und nicht den Zentralismus fördert, einer Union, die Subsidiarität lebt und nicht nur davon spricht, einer Union, die sich vermehrt ihren Kernaufgaben widmet und den Regionen jene Entscheidungen vor Ort überlässt, die dort kompetenter und men-

„Der Föderalismus ist ein Instrument der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Respekts. Er erlaubt es uns, unsere Vielfalt zu leben und gleichzeitig gemeinsame Ziele zu verfolgen.“

Bundesratspräsidentin Margit Göll

schengerechter gefällt werden können als in Brüssel.

Die bevorstehenden Wahlen, sei es auf europäischer oder nationaler Ebene, sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Sie werden maßgeblich darüber entscheiden, welchen Kurs wir in den kommenden Jahren einschlagen werden.

In einer Zeit, in der politische Debatten oft von Polarisierung und Spaltung geprägt sind, ist es von entscheidender

Bedeutung, dass wir uns auf die Grundprinzipien des Föderalismus besinnen und zusammenarbeiten, um die besten Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu finden.

Als Bundesratspräsidentin möchte ich Sie ermutigen, gemeinsam dafür einzutreten, dass der Föderalismus weiterhin die Grundlage unserer Demokratie bleibt und uns dabei hilft, eine prosperierende Gesellschaft zu gestalten.

Ich möchte zum Schluss meiner Ansprache Tirol für seine wichtige Rolle in unserem Bundesstaat danken. Als Bundesland hat Tirol aktiv dazu beigetragen, die Grundsätze des föderalen Staates zu stärken und umzusetzen und durch seine besondere geografische Lage und die

damit verbundenen Herausforderungen die Stabilität Österreichs zu erhalten. Als Grenzregion spielt Tirol eine wichtige Rolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, etwa im Tourismus und im Umweltschutz, und es setzt sich für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Nachbarländern ein. Dies ist besonders wichtig, da wir in Zukunft viele grenzüberschreitende Herausforderungen bewältigen müssen.

Österreich ist zu Recht stolz darauf, mit Tirol einen stabilen und verlässlichen Partner zu haben, der einen ganz wesentlichen Anteil an der Erfolgsgeschichte Österreichs trägt.

Dafür darf ich Ihnen allen meinen herzlichen Dank aussprechen, und ich wünsche

Konferenz zur EU-Strategie für den Donauraum

In ihrem Redebeitrag im Rahmen der Donauraumkonferenz betonte Bundesratspräsidentin Göll die Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit für Frieden, Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand in der Region.

Österreich war Gastgeber der 9. Konferenz der Parlamentspräsident:innen der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR), die vom 18. bis 19. März 2024 im Hohen Haus stattfand. Bei der EUSDR, die im Jahr 2011 auf österreichisch-rumänische Initiative hin gegründet wurde, handelt es sich um eine von

vier sogenannten Makroregionen der Europäischen Union. Ihr gehören neun EU-Mitgliedstaaten sowie fünf EU-Kandidatenländer an. Ziel der Strategie ist es, grenzüberschreitende Probleme im Donauraum durch verstärkte Zusammenarbeit zu lösen.



Die Veranstaltung im März hatte das Ziel, die Bedeutung der parlamentarischen Dimension zu stärken und ihre Potenziale bestmöglich zu nutzen. Insbesondere setzten sich die hochrangigen parlamentarischen Vertreter:innen aus Bulgarien, Deutschland, Kroatien, Montenegro, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, der Republik Moldau, der Ukraine sowie Österreich mit den Themen Sicherheit im Donauraum, Demokratiebildung und dem Donauraum als Kultur-, Natur- und Wissenschaftsraum auseinander.

Österreich führt von November 2023 bis Ende 2024 den Vorsitz in der EUSDR. Schwerpunkte des Vorsitzes sind Stabilität und Sicherheit mit einer europäischen Perspektive für die gesamte Donauregion, Innovation, Fachkräftebildung und wirtschaftliche Möglichkeiten sowie Verbesserung des Flussökosystems, Ökologisierung der Wasserwirtschaft und Management der grünen Transformation.

Göll: Perspektiven der Frauen stärker berücksichtigen

Der Donauraum sei nicht nur die größte und vielfältigste der vier Makroregionen

Strategien der EU, sondern umfasse auch ein geostrategisch bedeutsames Gebiet, konstatierte Bundesratspräsidentin Göll in ihrer Eröffnungsrede. Da die Donauraumstrategie EU-Mitgliedstaaten und EU-Beitrittskandidaten umfasse, stelle sie einen wesentlichen Beitrag zur EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik dar. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei von entscheidender Bedeutung für die Förderung von Frieden, Stabilität und wirtschaftlichem Wohlstand in der Region. Göll sprach sich zudem dafür aus, die Perspektiven, Erfahrungen und Ideen von Frauen im Rahmen der Donauraumstrategie noch stärker zu berücksichtigen. „Gerade in herausfordernden Zeiten ist es wichtig, dass Frauen an vorderster Front der Entscheidungsfindung stehen“, so die Präsidentin der Länderkammer.

Abschlusserklärung im Zeichen des Friedens

Am Ende der Konferenz veröffentlichte die EUSDR eine Abschlusserklärung. Darin verurteilt sie entschieden den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sie zeigt volle Unterstützung für die Menschen in der Ukraine. Die EUSDR

unterstützt es, dass sich die Ukraine darum bemüht, Frieden zu erreichen, der für alle gerecht ist, wieder ein stabiles Land zu werden, sich vom Krieg zu erholen und wieder aufzubauen, was im Krieg zerstört wurde.

In der Abschlusserklärung betont die EUSDR auch, wie wichtig Jugendliche sind, besonders wenn es darum geht, Demokratie zu schützen und zu stärken. Deshalb seien Bildungsprogramme gut, in denen Jugendliche lernen, wie sie falsche Informationen bekämpfen können.

Begleitend zur Konferenz wurde in der Säulenhalle des Hohen Hauses auch eine Ausstellung gezeigt, die anhand von Exponaten aus zehn Ländern die reiche Geschichte des Donauraums präsentierte.

Gemeinde-Turbo für humanitäre Hilfe in der Ukraine

Die humanitäre Unterstützung Österreichs für die Ukraine stand im Mittelpunkt eines Gesprächs am 19. März 2024 im Parlament zwischen Bundesratspräsidentin Göll und Ruslan Stefantschuk, dem Vorsitzenden der Werchowna Rada der Ukraine.

Ein Europa ohne Grenzen und Kriege wäre ein „wunderschönes“ und erstrebenswertes Ziel, betonte Göll. Österreich sei ein neutraler Staat, stehe aber politisch zur Ukraine. In vielen Gemeinden, wie ihrer eigenen, seien Familien aus der Ukraine aufgenommen worden, und Österreich wolle die Menschen in der Ukraine weiter unterstützen, betonte Göll. Um der Ukraine die dringend notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, sollte ein „Turbo“ über die Gemeinden hinweg gestartet werden. Sie sehe es als menschliche Pflicht, den Familien und Kindern in der Ukraine zu helfen.

Stefantschuk, Teilnehmer der 9. Konferenz der Parlamentspräsident:innen der EU-Strategie für den Donauraum in Wien, bedankte sich für die Unterstützung und sprach sich dafür aus, dass Österreich eine Führungsrolle in einer humanitären Koalition übernehmen soll. Die Ukraine stehe vor großen Herausforderungen. Stefantschuk sagte, er hoffe auch auf Unterstützung aus den Bundesländern Österreichs und den Regionen. Stefantschuk bedankte sich zudem für den Rückenwind Österreichs am Weg der Ukraine in die Europäische Union. Die Ukraine werde alle für einen Beitritt nötigen Pflichten erfüllen.

Parlamentspräsident:innen auf Mallorca

Bundesratspräsidentin Margit Göll nahm an der Konferenz der Parlamentspräsident:innen der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments in Palma de Mallorca teil. Ihr Redebeitrag widmete sich dem Thema „Women's Leadership“.

Gemeinsam mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka vertrat Margit Göll Österreich bei der zweitägigen Konferenz der Parlamentspräsident:innen der EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments in Palma de Mallorca. Im Rahmen der zweitägigen Konferenz forderte Bundesratspräsidentin Göll beim Gipfel der weiblichen Parlamentspräsidentinnen am Sonntag in einem Redebeitrag zum Thema „Women's Leadership“ Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik.

Ausgewogene Perspektiven als Bereicherung

Die Beteiligung von Frauen an der politischen Gestaltung des Landes sei heute zwar eine Selbstverständlichkeit, insge-

samt bestehe aber weiter kein ausgewogenes Verhältnis zwischen Frauen und Männern, betonte Bundesratspräsidentin Göll in einem Redebeitrag. Gerade im lokalen Bereich der Städte und Gemeinden seien Frauen in politischen Funktionen unterrepräsentiert. Für gute Entscheidungen sei es aber notwendig, dass die unterschiedlichen Perspektiven, Zugänge und Lebensrealitäten von Frauen und Männern gleichermaßen einfließen. Es sei deswegen wichtig, Mädchen und Frauen für die Politik zu interessieren und sie zu ermutigen, politische Verantwortung zu übernehmen. Zur Erhöhung des Anteils von Frauen in der Politik brauche es bessere Rahmenbedingungen, betonte Göll. Dabei sei die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein zentraler langfristiger Hebel.

Regional und international: Der vernetzte Bundesrat

Während ihrer Präsidentschaft pflegte Bundesratspräsidentin Margit Göll einen intensiven Austausch innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen. Die Kontaktpflege eines aktiven Bundesrates trägt maßgeblich zur regionalen und internationalen Vernetzung bei.





6



7



8



9

- 1) Bundesratspräsidentin Margit Göll und der tschechische Botschafter in Österreich Jiří Šitler
- 2) Bundesratspräsidentin Margit Göll und der italienische Botschafter in Österreich Giovanni Pugliese
- 3) Bundesratspräsidentin Margit Göll mit Bischof Alois Schwarz
- 4) Bundesratspräsidentin Margit Göll und der slowakische Botschafter in Österreich Jozef Polakovič
- 5) Bundesratspräsidentin Margit Göll und der ukrainische Botschafter Wassyl Chymynez

- 6) Bundesratspräsidentin Margit Göll mit dem Obmann des Ständigen Ausschusses für unabhängige Organisationen des Senats von Thailand Klanarong Chanthick
- 7) Bundesratspräsidentin Margit Göll mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Oskar Deutsch
- 8) Bundesratspräsidentin Margit Göll und die Präsidentin des Deutschen Bundestages Bärbel Bas
- 9) Bundesratspräsidentin Margit Göll mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und seiner Gattin Doris Schmidauer





15



16



17

- 10) Bundesratspräsidentin Margit Göll und der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft Martin Kocher
- 11) Bundesratspräsidentin Margit Göll und der Bundesminister für Finanzen Magnus Brunner
- 12) Bundesratspräsidentin Margit Göll mit Bundesministerin für EU und Verfassung Karoline Edtstadler
- 13) Bundesratspräsidentin Margit Göll und Bundesministerin für Justiz Alma Zadić
- 14) Bundesratspräsidentin Margit Göll in Palma de Mallorca mit König Felipe

- 15) Bundesratspräsidentin Margit Göll mit Bundeskanzler Karl Nehammer
- 16) Bundesratspräsidentin Margit Göll und der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Johannes Rauch
- 17) Bundesratspräsidentin Margit Göll und Bundesministerin für Landesverteidigung Klaudia Tanner

Länderkammer zu Gast in Niederösterreich

Am 12. Juni 2024 besuchte Bundesratspräsidentin Margit Göll mit der Länderkammer das Gesundheitszentrum Gmünd und die Sonnenwelt Großschönau. Im Zentrum der Gespräche stand die internationale Zusammenarbeit.

„Mit unseren Nachbarländern teilen wir nicht nur geografische Grenzen, sondern auch gemeinsame Interessen und Herausforderungen. Als Bundesratspräsidentin habe ich mich dafür eingesetzt, die Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten zu vertiefen, denn nur durch enge Zusammenarbeit können wir eine prosperierende und stabile Region schaffen, von der alle profitieren. Ich freue mich, dass ich die erfolgreiche Zusammenarbeit meines Heimatbundeslandes Niederösterreich mit Tschechien heute im Rahmen von ‚Bundesrat im Bundesland Niederösterreich‘ euch Kolleginnen und Kollegen in der Länderkammer präsentieren kann“, begrüßte Bundesratspräsidentin Göll die aus den Bundesländern angereisten Mitglieder des Bundesrates.

Vorzeigeprojekt in Gmünd

Göll präsentierte ihren Kolleginnen und Kollegen am 12. Juni zunächst das Healthacross Med Gmünd. In Gmünd entstand das europaweit erste grenzüberschreitende Gesundheitszentrum. Die EU förderte die Vorbereitung und Planung des Gesundheitszentrums zur Sicherung und Weiterführung ambulanter Versorgung von Patientinnen und Patienten. Dieses einzigartige Modell wurde von der WHO sogar als internationales Vorzeigeprojekt im Gesundheitsbereich ausgezeichnet.

Internationales Rahmenabkommen

Die Bundesratspräsidentin informierte die Mitglieder des Bundesrates auch über den grenzüberschreitenden Rettungsdienst in Zusammenarbeit mit Notruf Niederösterreich, der schnelle und



effiziente Hilfe über die Landesgrenzen hinweg gewährleistet. Das Rahmenabkommen und die erforderlichen Kooperationsvereinbarungen sind seit 2016 in Kraft und bestehen aktuell mit den Regionen Südmähren, Südböhmen und Vysočina. „Diese mit Tschechien hervorragend funktionierenden Rahmenabkommen auf Staatsvertragsbasis sollen auch mit der Slowakei und Ungarn geschlossen werden. Der Vertrag mit Ungarn soll im Juli unterzeichnet werden, in der Slowakei wird die zuständige Ministerin den Vertrag demnächst unterfertigen“, so Göll.

Zu Gast in der Sonnenwelt

Im Anschluss besuchten die Bundesrätinnen und Bundesräte die Sonnenwelt Großschönau, wo eine multimediale Ausstellung in Englisch, Deutsch und Tschechisch zum Thema Leben mit der Kraft der Sonne vom Nomadentum über Ägypter und Römer bis in die Zukunft informiert. Die Sonnenwelt Großschönau begeistert jährlich Hunderte Schulklassen und Tausende Besucher für einen respektvollen Umgang mit unserer Natur. „Zukunft sinnvoll Leben“, Energiewende und Klimaschutz stehen dabei seit über zehn Jahren im Zentrum.

Bundesratspräsidentin Margit Göll mit einer Delegation der Länderkammer und Vertreterinnen und Vertretern der Sonnenwelt Großschönau

Delegation des Bundesrates zu Besuch in Tschechien

Auf dem abwechslungsreichen Programm der Reise, die von 4. bis 6. Juni stattfand, standen Gespräche in Prag und Telč mit Vorsitzenden von Senat und Abgeordnetenhaus und mit Ministern.

Bundesratspräsidentin Margit Göll hat mit einer Delegation der Länderkammer von 4. bis 6. Juni einen offiziellen Besuch in Tschechien absolviert. Die Delegation bestand neben der Bundesratspräsidentin aus den Vizepräsidenten Dominik Reisinger (SPÖ) und Franz Ebner (ÖVP) sowie Harald Himmer (ÖVP), Christian Fischer (SPÖ), Klemens Kofler (FPÖ) und Claudia Hauschmidt-Buschberger (Grüne).

Mit dem tschechischen Senatsvorsitzenden Miloš Vystrčil wurden zunächst Gespräche über die Situation beider Länder in der EU, insbesondere über die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen, geführt. „Das Motto der niederösterreichischen Präsidentschaft im Bundesrat ‚Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet‘ war der Leitsatz, der auch die Basis unserer Gespräche mit dem Senatsvorsitzenden

und den tschechischen Senator:innen war. Die Zusammenarbeit unserer Länder im Rettungswesen, bei den Feuerwehren und der Polizei ist bereits beispielgebend, und wir werden gemeinsam daran arbeiten, dies noch weiter zu forcieren“, sagte die Vorsitzende der Länderkammer.

Gemeinsame Sprache verbindet

Im Austausch mit dem tschechischen Minister für Bildung, Jugend und Sport der Tschechischen Republik Mikuláš Bek standen die Belange der Jugend, insbesondere die kindliche Frühbildung und die Schulausbildung, im Mittelpunkt. Göll betonte, wie wichtig es sei, dass auf beiden Seiten Jugendliche die Sprache des Nachbarlandes erlernen, da eine gemeinsame Sprache die nächsten Generationen ganz besonders verbinde.



Im zweiten Gespräch mit dem tschechischen Senatsvorsitzenden Vystrčil haben sich die Delegationen eingehend mit der Klimapolitik beider Länder und Österreichs Situation als neutraler Staat beschäftigt. Die anstehende Wahl des Europäischen Parlaments und die Mobilisierung der Jugend, ihr Wahlrecht in Anspruch zu nehmen, standen im Mittelpunkt des Austausches mit der Präsidentin der Abgeordnetenkammer des tschechischen Parlaments Markéta Pekarová Adamová.

Beide Themen kamen auch im Treffen mit dem Außenminister der Tschechischen Republik Jan Lipavský zur Sprache. Die Situation der ukrainischen Flüchtlinge in beiden Staaten stand dabei im Mittelpunkt.

Europawahlen im Fokus

Das Treffen mit dem Minister für europäische Angelegenheiten der Tschechischen Republik Martin Dvořák stand im Zeichen der bevorstehenden Wahl zum Europaparlament und der Beitrittsperspektiven der Länder des Westbalkans sowie der Republik Moldau und der Ukraine.

Zum Abschluss führte der Besuch der Bundesratsdelegation nach Telč, wo mit Senatspräsident Vystrčil zunächst die Grundschule Hradecká besucht wurde, um vor Ort die Fortschritte in der Bildungszusammenarbeit in der Grenzregion kennenlernen zu können.

Delegationsteilnehmer:innen mit Bundesratspräsidentin Margit Göll (5. v. re.) und dem Vorsitzenden des Senats der Tschechischen Republik Miloš Vystrčil (4. v. re.)

Abschiedsrede: Grenzregionen können Brücken bauen

In ihrer Abschiedsrede im Bundesrat zog Bundesratspräsidentin Margit Göll Bilanz über ihren Vorsitz und betonte die Bedeutung einer starken Demokratie für eine stabile Gesellschaft.



aufgrund der EU-Wahl in diesem Jahr, sondern vor allem, weil sie als Bürgermeisterin einer Grenzlandgemeinde regelmäßig erfahren dürfe, wie intensiv eine gemeinsame EU-Mitgliedschaft benachbarte Länder verbindet, wie Göll betonte. Im EU-Wahlkampf habe man oft gehört, was in der EU nicht funktioniere. Viele dieser Vorwürfe seien berechtigt, etwa wenn es um Überregulierung oder die Subsidiarität gehe, so Göll. Auch das Migrationsproblem sei ungelöst, die Hoffnungen in den Green Deal seien überzogen gewesen und wirtschaftlich falle die EU weiter hinter China und die USA zurück.

Göll: Vorteile der EU finden oft zu wenig Beachtung

Zu wenig Beachtung finden nach Meinung der Bundesratspräsidentin jedoch oft die vielen Vorteile, die die Union den

Margit Göll, deren Präsidentschaft unter dem Motto „Gemeinsam über Grenzen. Europa verbindet“ stand, habe dieses Motto ganz bewusst gewählt: Nicht nur

Bürgerinnen und Bürgern gebracht habe und die wie selbstverständlich hingenommen werden würden oder von denen viele Menschen nicht wissen würden, dass sie der EU zuzuschreiben seien.

Grenzübergreifend war auch die von Göll initiierte Bundesratskonferenz „Jugend ohne Grenzen“, bei der Jugendliche aus Österreich, der Slowakei und Tschechien im Parlament zusammenkamen, um über ihre Zukunft in einem Europa ohne Grenzen zu diskutieren. Armutsbekämpfung, Maßnahmen gegen den Klimawandel, die Bekämpfung von Terrorismus und die Schaffung von Arbeitsplätzen stünden dabei ganz oben auf der Wunschliste der Jugend, so Göll, wobei Kinder und Jugendliche in den Grenzregionen Europas die Auswirkungen politischer und wirtschaftlicher Veränderungen oft hautnah mit erleben würden. Darin sieht die Bundesratspräsidentin Chancen: „Grenzregionen können Brücken bauen. Sie sind Orte der Begegnung und des Austauschs. Es ist wichtig, dass wir unsere Regionen stärken.“

Während ihrer Präsidentschaft legte Göll zudem ein Augenmerk auf die Anliegen von Frauen mit dem Fokus auf die Beteiligung von Frauen am politischen Entscheidungsprozess. „Politischer Einfluss ist entscheidend für die Förderung von

Chancengleichheit und die Beseitigung von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts“, so Göll.

Respektvoller Umgang in der Politik

Göll nutzte ihre Abschiedsrede auch dafür, um vor dem Hintergrund der bevorstehenden Nationalratswahl darüber zu sprechen, „wie wir nach den Wahlen auf kollegialer Ebene, unter Beachtung der Vorbildfunktion, die uns Politikern zugeschrieben wird, persönliche Befindlichkeiten hintanstellen und die Interessen derer, die wir vertreten, in den Vordergrund stellen.“

Ein zentraler Aspekt sei dabei die Bedeutung einer gemäßigten Sprache und eines respektvollen Umgangs miteinander. Eine gemäßigte Sprache fördere den konstruktiven Dialog und trage dazu bei, Spannungen abzubauen und Lösungen zu finden, die dem Wohl aller dienen, appellierte Göll, sich dieser Verantwortung bewusst zu sein und sich für einen respektvollen Umgang miteinander einzusetzen. „Nur so können wir gemeinsam dazu beitragen, dass unsere Demokratie stark und lebendig bleibt und unsere Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet“, so die Bundesratspräsidentin.

Zahlen und Fakten

2. Halbjahr 2023

Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates	
Sitzungen	7
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-
In Verhandlung genommen	
Gesetzesbeschlüsse	118
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	6
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	1
Ablehnung im Plenum	1
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	13
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	3
davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	-
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	9
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	-
Berichte der Volksanwaltschaft	1
Selbständige Anträge	1

davon Gesetzesanträge	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
Eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Petitionen	-
Eingebracht	
Schriftliche Anfragen	32
davon Dringliche Anfragen	4
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Selbständige Anträge	1
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates	-
gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Unselbständige Entschließungsanträge	32
davon angenommen	-
Anträge, Einspruch zu erheben	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
Petitionen	1
Sonstiges	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	1
Aktuelle Stunden	4
Durchführung einer Enquête	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates	
EU-Ausschuss	4
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	1
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	2
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprachen	1
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	5
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	-
Ausschuss für Bürger:innenrechte und Petitionen	1
Ausschuss für Familie und Jugend	3
Finanzausschuss	5
Geschäftsordnungsausschuss	-
Gesundheitsausschuss	3
Gleichbehandlungsausschuss	2
Ausschuss für innere Angelegenheiten	2
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	-
Justizausschuss	5
Kinderrechteausschuss	1
Landesverteidigungsausschuss	-
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	3
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	-
Umweltausschuss	1
Unterrichtsausschuss	4
Unvereinbarkeitsausschuss	1
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	4
Ausschuss für Verkehr	3
Wirtschaftsausschuss	3
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	2
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Zahlen und Fakten

1. Halbjahr 2024

Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates	
Sitzungen	6
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-
In Verhandlung genommen	
Gesetzesbeschlüsse	69
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	5
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
davon Zustimmung nach Art. 30a B-VG	1
davon Zustimmung nach § 58 Abs. 5 GO-BR	1
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	8
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	3
davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	2
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	-
sonstige Zustimmungen	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	7
Berichte der Volksanwaltschaft	-

Selbständige Anträge	1
davon Gesetzesanträge	1
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
Eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Petitionen	-
Eingebracht	
Schriftliche Anfragen	66
davon Dringliche Anfragen	8
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Selbständige Anträge	-
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates	-
gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	37
Unselbständige Entschließungsanträge	1
davon angenommen	-
Anträge, Einspruch zu erheben	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
Petitionen	2
Sonstiges	
Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	1
Aktuelle Stunden	5
Durchführung einer Enquête	-

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates

EU-Ausschuss	6
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	-
Aktuelle Aussprachen	2
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	5
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	2
Ausschuss für Bürger:innenrechte und Petitionen	2
Ausschuss für Familie und Jugend	-
Finanzausschuss	4
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	4
Gleichbehandlungsausschuss	2
Ausschuss für innere Angelegenheiten	1
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	2
Kinderrechteausschuss	1
Landesverteidigungsausschuss	2
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	1
Umweltausschuss	3
Unterrichtsausschuss	-
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	2
Ausschuss für Verkehr	4
Wirtschaftsausschuss	4
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	2
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Bildnachweis

- © Parlamentsdirektion/Susanne Bachmann: S. 29
- © Parlamentsdirektion/Michael Buchner: S. 83 (unten)
- © Parlamentsdirektion/Katie-Aileen Dempsey: S. 14, 15, 44, 45, 61
- © Parlamentsdirektion/Bubu Dujmic: S. 36, 55 (6)
- © Parlamentsdirektion/Arman Rastegar: S. 21
- © Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger: S. 100 (2)
- © Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS: S. 10
- © Parlamentsdirektion/Thomas Topf: Cover, S. 1, 2, 6, 8, 11, 12, 13, 17, 18, 19, 21, 23, 25, 46, 47, 49, 54 (2), 62, 63, 65, 66, 67, 70, 73, 78, 80, 83 (oben), 86, 87, 100 (4), 101 (8), 108, 118, 119
- © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser: S. 41 (links unten, rechts mitte), 55 (9), 77, 101 (6)
- © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: S. 26, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 41 (oben, rechts unten), 50, 52, 53, 54 (3), 55 (5, 7), 85, 96, 100 (1, 5)

- © Benjamin Beci/Fixmedia: S. 55 (8), 57
- © BMSGPK/Dorfegger: S. 103 (16)
- © BMAW: S. 102 (10)
- © BMJ: S. 102 (13)
- © Bor Slana/STA: S. 54 (1)
- © Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt: S. 102 (12)
- © Tiroler Landtag/Christanell: S. 93
- © FLICKR/Houses of the Oireachtas: S. 54 (4)
- © Flickr/KPS CR/Kancelar Senatu PCR/ Michal Pavlik: S. 38
- © Franz Gleiß: S. 101 (9), 103 (15)

© Margit Göll: S. 102 (14), 105
© IKG Wien: S. 101 (7)
© Kancelar Senatu LOS: S. 107
© Thomas Neuhauser: S. 100 (3), 102 (11)
© Parliament of Georgia: S. 59
© HBF/Gunther Pusch: S. 103 (17)

Impressum

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: 4.2 – Corporate Identity & Public Relations, Kunst und Kultur | Tamara Oberleiter, Sabina König

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): 4.2 - Corporate Identity & Public Relations, Kunst und Kultur | Pia Wiesböck, Dieter Weisser

Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im Juli 2024

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.





